

nistischen Anhängern, verwehrt. Wer ein solches proklamierte, etwa gegen den „Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art“, würde dort ins Gefängnis gelegt.

Die Straßendemonstrationen, welche die Kommunisten zur Unterstützung ihres Volksbegehrens und zu sonstigen Zwecken in der Deutschen Republik veranstalteten, waren nicht nur im sozialistengefeindlichen Deutschland, sondern im gegenwärtigen kommunistischen Rußland allen Parteien untersagt und werden auch den Kommunisten verboten, sobald sie sich gegen die eigene Regierung richten würden. Wer sie versucht, wird wie Trotsky nach Sibirien transportiert.

Die Pressefreiheit, welche die kommunistischen Blätter für das Volksbegehren und ihre fastigen, von Beschimpfungen strotzenden Zeitungsartikel gestattet, waren nicht nur im sozialistengefeindlichen Deutschland, sondern ist auch in Rußland nicht vorhanden. Jede Zeitung, jedes Blatt, das sich vom Standpunkt einer oppositionellen Partei mit den Verhältnissen der Sowjetunion beschäftigen will, wird unterdrückt, ihr Herausgeber und Verfasser ins Gefängnis gesetzt.

Klassenbewußte Arbeiter, die sich der kommunistischen Partei anschließen, benutzen also in Wahrheit die demokratischen Rechte der Republik, Redefreiheit, Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit, Volksbegehren zur Herbeiführung eines Zustandes, in dem ihnen alle diese Rechte genommen werden und in dem sie sich von oben kommandieren lassen müssen wie in der seligen Zarenzeit.

Ist es nach allem ein Wunder, daß alle halbe Jahre eine Befreiungsrevolution in ihren Reihen ausbricht, daß alle halbe Jahre die freieren, unabhängigeren, selbstbewußten Elemente an die Luft gesetzt werden und nur die Unterwürfigsten sich sicher fühlen?

Das merkwürdige Volksbegehren ist also nicht nur ein politisches Fiasko ersten Ranges geworden, es gibt auch überaus wertvolle Aufschlüsse über das Wesen einer Partei, die es sonst an Ueberheblichkeit mit den allein seligmachenden Kirchen des Mittelalters aufnimmt. Insofern hat es andere „entlarvt“, als es von seinen Urhebern beabsichtigt war.

Die „staatspolitische Partei“.

Der Blaufoller wird deutschnationale Programmforderung.

Ein Jahrzehnt lang haben die Deutschnationalen händelnd jede Regierung beschworen, „die spärlichen uns nach dem Umsturz noch verbliebenen Reste von Staatsautorität“ zu bewahren. Nicht etwa als Parteiforderung, nein, von der hohen Parte ihrer „staatspolitischen Einstellung“ aus forderte die Deutschnationale Partei Stärkung der Beamtenautorität und größere Rücksichtlosigkeit in der Anwendung staatlicher Machtmittel.

Wohlgemerkt, das galt alles nur, solange diese Verwendung nach den Parteiwünschen der Deutschnationalen erfolgte. Nun aber schiden sich die Deutschnationalen unter Hugenberg's Leitung an, stärker denn je Oppositionspartei zu werden. Als Oppositionspartei kommt man leicht mit den Staatsorganen in Konflikt, zumal, wenn man dauernd in Wort und Schrift seinen Anhängern Mißachtung und Auflehnung gegen das heutige Staatsystem predigt. Aber dann — Bauer, ist's ganz was anderes! Als die Justiz es wagte, die Fememörder der gerechten Strafe zuzuführen, da plötzlich waren „Schandjustiz“ und „Bluturteil“ die mildesten Ausdrücke der autoritätsfrommen Rechtspreffe.

Jetzt in Kyrig das gleiche Bild: Wenn vom Landbund aufgehehtes Agrarienvolk das Finanzamt stürmt, dann trägt die Schuld daran nicht die Landbundhege, sondern die Polizei, die das Finanzamt gegen die Herden schützt. In der „Deutschen Tageszeitung“ verteidigt der Landbundführer und deutschnationale Reichstagsabgeordnete Stubben-dorff in einem Leitartikel die Exzedenten. Es lohnt sich, einmal nachzulesen, zu welchen Behauptungen dieser „Vorkämpfer für Staatsautorität“ sich versteigt. Herr Stubben-dorff schreibt:

Das, was in Kyrig geschehen ist, kann nicht mit Paragraphen oder Gesetzesbuchstaben erfaßt und beurteilt werden. Die Fische des Menschen, ihr seelischer Zustand muß ergründet werden. Die Schuld an den bedauerlichen Vorkommnissen in Kyrig trifft nicht diejenigen, die sich in ihrer Verzweiflung, gereizt durch die gegen sie eingeschickte preussische Polizei, zu Unbesonnenheiten haben hinreißend lassen, sondern die Schuld an den bedauerlichen Ereignissen in Kyrig trifft allein diejenigen, die geduldet haben, deutschen Bauern mit schwerbewaffneter Polizei entgegenzutreten zu müssen. . . . Mit den Fingern zeigen wir auf die wahrhaft Schuldigen dieses Landfriedensbruchs, auf die sozialistische preussische Regierung, die da glaubt, die Rot der deutschen Landwirtschaft mit bewaffneter preussischer Polizei bekämpfen zu sollen.

Wir sind überzeugt, daß Herr Stubben-dorff auch im alten Preußen genau die gleichen Ausführungen gemacht hat, wenn streikende Arbeiter oder demonstrierende Arbeitslose in einer Großstadt mit der damaligen königlichen Polizei in Konflikt gerieten. Oder gilt da wieder das berühmte großagrarisches „das ist ganz was anderes“? Die richtige Antwort hat Herr Stubben-dorff und der deutschnationale Preffe in Kyriger Prozeßsaal der Oberamtsmeister Bre ufer erteilt, der auf die ähnlich bestimmten Anzuspinnungen des Verteidigers Bloch mit schlichter und ungeschämter Deutlichkeit folgendes erwidert hat:

Herr Rechtsanwalt, ich habe auch die Zeitungen gelesen, und ich verstehe, worauf Sie hinaus wollen: Wir üben doch den Schutz als staatliche Polizei aus, wir vertreten die Sicherheit des Staats und es ist doch sehr traurig, daß Volksgenossen, und besonders solche, die sich Führer nennen, sich zu Taten hinreißend lassen durch den Anblick einer Uniform, die ihnen gerade im Augenblick zu ihrer politischen Einstellung nicht paßt. Wenn die Menge gleich sagt: Die Schupo muß verschwinden und noch durch die Führer unterdrückt wird, wird es kein Wunder sein, wenn es zu Ausschreitungen kommt. Das Wunder ist aber gewesen, daß unsere Beamten eine solche Disziplin gemahnt haben.

Der Rechtsanwalt Bloch hat sich darauf mit rotem Kopf hingelegt. In der Tat: Stärker kann eine Partei sich nicht blamieren, die für sich in Anspruch nimmt, ein besonders starkes Gefühl für Staatsautorität zu haben, deren Parlamentarier, Organisationsführer und Presse aber gleichzeitig das Recht auf den dümmsten und rohesten Blaufoller proklamieren!

Hezke mit Scharfmachergeld.

Eine echt gelbe Hugenberg-Aktion.

Die Scharfmacher bereiten einen allgemeinen Feldzug gegen die Gewerkschaften vor. Ein großer Ausperrungskampf droht in der Metallindustrie. Die sogenannten vaterländischen Verbände, die Deutschnationale Volkspartei und die Völkischen stellen sich in den Dienst der Scharfmacher. Sie planen einen großen politischen Hezfeldzug mit Unternehmern gegen die Sozialdemokratie. Der Brunnen-Verlag, das ist ein deutschnationaler Verlag, in dem die deutschnationalen Werbeschriften erscheinen, verschickt an die Unternehmer ein Rundschreiben, in dem er eine Propagandaschrift gegen die Sozialdemokratie anpreist. Es heißt in diesem Rundschreiben:

„Am 9. November 1928 läßt sich der Tag der Revolution zum zehnten Male. Die Sozialistische und Kommunistische Partei haben Beschlüsse gefaßt, aus denen hervorgeht, daß beide Parteien diese Tage in einem großen Rahmen begehen werden. Diesen wohl vorbereiteten Bestrebungen darf die nationale Front nicht unaktiv gegenüberstehen.“

Im Einvernehmen mit den Hauptleitungen der nationalen Parteien und der großen nationalen Verbände

hat Herr Doktor Krüger zum zehnjährigen Jubiläum der Revolution eine Schrift in unserem Verlag erscheinen lassen, um deren Vertrieb alle Kräfte der gesamten vaterländischen Bewegung konzentriert werden sollen. Diese Schrift, die unter dem Titel „Proletariat, ein deutsches Arbeitermanifest zum zehnjährigen Jubiläum der deutschen Republik“ erschienen ist, wird von den hervorragendsten Führern der nationalen Bewegung als eines der besten Mittel beurteilt, nicht nur der marxistischen Agitationsflut den erhofften Sieg zu nehmen, sondern das zehnjährige Jubiläum der Revolution zu einem Propagandaausgangspunkt für die vaterländische Sache umzugestalten. Die Schrift hat insbesondere den Vorteil, daß in schlagkräftiger Weise in ihr ein ungeheures Material sachverständig zusammengetragen ist.

Dies vorausgeschickt, bitten wir auch Sie, sich an dem umfassenden Vertrieb dieser Schrift zu beteiligen und auch dort

alle irgendwie verfügbaren Geldquellen zu diesem Zweck zusammenzuführen

und die schlagartige Verbreitung der Schrift unter den arbeitenden Schichten des Volkes zeitigen vorzubereiten.

Da die Herstellung einer weiteren Großauflage der Schrift durch unseren Verlag rechtzeitig vorbereitet sein muß, bitten wir die von Euer Hochwohlgeborenen benötigten Exemplare uns baldmöglichst bestanmgeben zu wollen. Jeder deutsche Arbeiter und Angestellte muß vor dem 9. November ein Exemplar dieser Schrift in den Händen haben.

Auf Wunsch wird gegen Erstattung der Selbstkosten von unserer Seite zu diesem Zweck eingerichteten Vertriebsstelle unter Verschwe-

gung des Auftraggebers die Brotschüre direkt an die uns zu übergebenden Anhaltstellen verhandelt.“

Gleichzeitig mit dieser Schrift werden zwei Schriften von Emil Kloth und dem Führer der vaterländischen Verbände, Graf v. Goltz, angelündigt.

Es handelt sich um den Versuch, jenen Feldzug aus Lüge und Gemeinheit zu wiederholen, der seinerzeit vor der Reichspräsidentenwahl gegen die Sozialdemokratie in Szene gesetzt wurde. Die Methoden sind dieselben, und die Macher sind dieselben. Ein ungeheures Material à la K u h m a n n, zusammengestellt von Renegaten der Arbeiterbewegung, soll mit Unternehmern Geldern an Arbeiter und Angestellten herangebracht werden. Alle irgendwie verfügbaren Geldquellen — d. h. der Korruptionsfonds des Scharfmachertums — werden für diese Propagandaaktion in Anspruch genommen. Da die Scharfmacher zu feig sind, ihre Flagge offen zu zeigen, soll eine neu eingerichtete diskrete Vertriebsstelle verdeden, daß es sich um eine Scharfmacheraktion handelt.

Wir haben derartige Versuche schon erlebt. Mit dem Geld der Arbeitgebervereinigung sollte seinerzeit ein großartiger Propagandafeldzug gegen die Arbeiter-schaft durchgeführt werden. Die Geldgeber und Drahtzieher dieses Versuches sind seinerzeit entlarvt worden. Sie nahmen ihr unfauberes Geschäft heute wieder auf. Diese Versuche werden immer dann unternommen, wenn große soziale Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bevorstehen, und vor allem, wenn die Sozialdemokratie in der Reichsregierung vertreten ist. Man weiß im Unternehmerlager sehr wohl, daß man mit der brutalen Scharfmacherparodie keine Anhänger im Volke gewinnen kann. Man weiß, daß sich für den Profit der Großkonzerne und für die egoistische Interessentenpolitik der Unternehmer niemand im Volke begeistert. Man greift deshalb zur Waffe der verlogenen Hezke und zur Gemeinheit. Die sogenannten nationalen Parteien und nationalen Verbände stellen bei dieser Aktion die Hilfstruppen des Scharfmachertums. National sein heißt bei ihnen, unter falscher Flagge verkommen und hegen.

Das ist die erste große deutschnationale Aktion, nachdem Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Volkspartei übernommen hat. In seinem Zeichen wird gehetzt. Mit Hugenberg gegen den Marxismus für die Scharfmacher.

Die Arbeiter und Angestellten wissen jetzt, woran sie sind, wenn ihnen die nationalen Subskriptionen ins Haus flattern, die mit dem Gelde der Unternehmer bezahlt sind, die angeblich kein Geld haben, um notwendige Wohnverhältnisse zuzugestehen!

Barrikaden für Thälmann.

Zersplitterung der Arbeiterfront als Ablenkungsmanöver.

Nach der katastrophalen Niederlage beim Volksbegehren rufen die Drahtzieher der KPD, schleunigst nach neuen Aktionen, um von ihrer Pleite abzulenken. Die Störung gewerkschaftlicher Aktionen ist ihnen dazu gerade gut genug. Sie haben in Hamburg mit terroristischen Mitteln einen wilden Hafenarbeiterstreik inszeniert. Sie schreiben nach einem wilden Textilarbeiterstreik.

Besonders die h a m b u r g e r Aktion läßt deutlich erkennen, daß sie aus parteiagitatatorischen Gründen unternommen worden ist. Leddy Thälmann und seine Leute müssen beweisen, daß sie echte Revolutionäre sind. Deshalb mußten kommunistische Volkkommandos Gewerkschaftler überfallen, die die gewerkschaftlichen Disziplin halten, deshalb mußte die „Hamburger Volkszeitung“ nach Barrikaden schreiben und ein Verbot provozieren! Der Terror gegen Arbeiter und der Schrei nach Barrikaden, um dahinter eine schamhäßliche Korruptionsaffäre und eine politische Pleite ersten Ranges zu verbergen.

Die ganze Gewissenlosigkeit der Kommunisten tritt hier zutage. Für sie sind die Arbeiter gut genug, um ihre eigene organisierte Kraft in wilden Streiks zu verzetteln, damit die KPD damit ihre verlogene Agitation bestreiten kann. Witten in schweren gewerkschaftlichen Kämpfen versuchen sie, die Arbeiterfront zu zersplittern, nur um von ihrem eigenen Parteistandal abzulenken.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist zu gut dazu, als Objekt für die tollen Rüpelspiele der Kommunisten zu dienen! Die Hamburger Gewerkschaften haben ihnen die richtige Antwort gegeben. Sie haben die Gegenwehr gegen den Kommunistenterror organisiert, und die wilde kommunistische Aktion zur Ehrenrettung Thälmanns ist kläglich zusammengebrochen. Es gelingt nichts mehr!

Die Thälmann auf der Leiter.

Ueber die Zustände in der kommunistischen Partei in Hamburg berichtet der „Volkswille“:

„Der Aufenthaltsort der Rechten ist die Wohnung Rita Orthmanns am Stefansplatz, deshalb besteht auf dem Platz und in den umliegenden Straßen der „kleine Belagerungszustand“. Abend für Abend ist die Wohnung von den Tsdnpleuten umstellt. Das Aufgebot beträgt oft bis zu 50 Mann. Auch die Weiermänner stellen ihre Horchposten auf. In der vergangenen Woche fand bei R. Orthmann eine Fraktionsitzung statt, wobei es den Tsdnpleuten gelang, einige Teilnehmer festzustellen und zwar dadurch,

daß man hinten im Hof eine Leiter anstellte und so bis zur ersten Etage hinauf kletterte.

Man schrieb eine Reihe Namen, auch einige solche ab, angeblich auch einen Kuffen, der aber nur in den Hintern der Parteisekretäre spukt. Durch das Abrücken der Leiter wurde eine weitere Bepfehlung unmöglich. Welche Formen der Kampf angenommen hat, ersieht man daraus, daß beide Richtungen einander Schläge angeboten haben und sich gegenseitig mit Rollkommandos des K F V. drohen (!).“

Cord Parmoor wurde einstimmig zum Führer der Oberhausfraktion der Laddur-Party als Nachfolger des verstorbenen Lord Halbans gewählt.

Wilhelms Schwager als Zirkusreiter.

Wird nicht auch ein Dummer August gesucht?

Paris, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Alexander Zoubkoff, der berühmte Gatte der Prinzessin Viktoria von Schaumburg-Ötting und Schwager des Erzkaifers, bereitet für die Welt und insbesondere für die Pariser eine neue Ueberraschung vor. Er wird in der französischen Hauptstadt demnächst als Zirkusreiter auftreten. Schon vor einigen Tagen wußte ein Pariser Blatt zu berichten, daß Zoubkoff von einem Wondierzirkus in Luzernburg engagiert worden sei. Diese Nachricht wird jetzt bestätigt. Zoubkoff erklärt, er sei früher russischer Kavallerieoffizier gewesen, und er werde einen glänzenden Schutzeiter abgeben. Im übrigen bezahle die Prinzessin seinen ganzen Lebensunterhalt, und das trinke ihn. Seit wann?

Finis Bavariae!

Französische Gesandtschaft in München wird abgebaut.

München, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

In München existiert immer noch eine auf den Preisloot Bayern beschränkte französische Gesandtschaft, die im Juli 1920 errichtet wurde und deren gegenwärtiger Geschäftsführer Graf d'Ormesson heißt. Als Nachfolger des Herrn Dard, dessen Tätigkeit auf eine läbliche Spielwiese zur Förderung der Reichseinheit abzielte, hat d'Ormesson in München niemals eine politische diplomatische Rolle gespielt, so daß seine jetzt von Paris gemeldete Abberufung sowie die Aufhebung dieser völlig überflüssigen diplomatischen Vertretung nur den Zustand der letzten Jahre legalisieren würde. Die bayerische Regierung ist allerdings von der Wüste Frankreichs noch nicht im Reminikis gesetzt. Der Gesandte hat vor einigen Wochen einen auf drei Monate berechneten Urlaub angetreten.

Was will Le Rond in Ost-Europa?

Ein lindisches polnisches Dementi.

Warschau, 25. Oktober.

Nach Bekanntwerden der Nachricht, daß der französische General Le Rond demnächst in Warschau eintrifft und auch andere osteuropäische Hauptstädte besuchen wird, welche die amtliche polnische Telegraphen-Agentur, daß dieser Besuch in Warschau jedenfalls „keinen politischen Charakter“ (!) haben werde und mit dem polnisch-rumänischen Bündnis in keinem Zusammenhang stehe. In dem politischen Kreise ist man aber der Ansicht, daß der französische General sich über die Durchführung der seinerzeit getroffenen polnisch-rumänischen Abmachungen und die Einzelheiten des Militärabkommens zwischen beiden Staaten unterrichten will.

Das Finanzamt Regensburg ist durch Unterschlagungen des Obersteuerinspektors Beqal um rund 114 000 M. geschädigt worden. Der Beamte hatte unmittelbar vor seiner Festnahme in Bad Reichenhall sich durch Selbstmord dem Richter entzogen. Als unter Regensburger Blatt seinerzeit die Unterschlagung aufdeckte, wußte die bürgerliche Presse wochenlang den Fall zu verurteilen, da Beqal ein nationaler und streng kirchlicher Mann war. Jetzt gibt das Finanzamt die Unterschlagung in einer öffentlichen Erklärung in vollem Umfange bekannt und betont, daß weitere Beamte in die Angelegenheit nicht verwickelt sind.

Der Höhepunkt im Primanerprozeß?

Vollständiger Zusammenbruch eines Hauptbelastungszeugen!

Der Vorsitzende teilte abschließend aus den nichtöffentlichen Vernehmungen der Schüler und jungen Studenten mit, daß sich kein klares Bild aus diesen Verhören ergeben habe.

Nach einer kurzen Pause nahm Staatsanwaltschaftsrat Rosenbaum das Wort und machte die aufsehenerregende Mitteilung, er habe neben vom Amtsgericht in Gladbeck die Mitteilung erhalten, daß ein Zeuge ermittelt worden sei, der mit Offendorf vor seinem Selbstmord über die Gründe zu der Tat gesprochen habe.

Zusammenbruch des Hauptbelastungszeugen!

Es wurde dann noch eine Reihe von Zeugen vernommen, deren Aussagen ohne Bedeutung waren. Stationell gestellte sich dann jedoch das Verhör eines der Hauptbelastungszeugen, des jetzigen Studenten Otto Harich, auf dessen Aussage sich die Anklage zum großen Teil stützt und der bei der Hauptverhandlung alles das widerlegt, was er vorher der Polizei und dem Untersuchungsrichter mitgeteilt hat.

Ich wissen, wie Sie den Ausdruck „sadistisches Vergnügen“ damit in Verbindung bringen wollen.

Herr Zeuge, ich frage Sie jetzt in vollem Ernst, haben Sie einmal wirklich Mißhandlungen von Schülern durch Husmann gesehen?

Zeuge (sehr verlegen und nach langem Schweigen): Das nicht. Borj. (sehr scharf): Das haben Sie aber nicht nur der Polizei angegeben, sondern Sie haben diese Verurteilung auch dem Untersuchungsrichter gegenüber nicht abgeschwächt.

Aber ich war doch gar nicht in der Lage, genau festzustellen, ob Husmann homosexuell war.

Vielleicht habe ich mich dadurch zu dieser Aussage verleiten lassen, da ich zu dieser Zeit — mein Vater ist nämlich Arzt — mich mit einem Werk über „Gesichtsdiagnose“ beschäftigt habe.

aufgemacht? Zeuge: Nein, das konnte ich ja nicht, denn ich sah ja ganz vorn. (Große Heiterkeit.) Borj.: Sie haben dann weiter ausgesagt, daß Husmann bei jeder Gelegenheit seine eigene Schuld auf andere zu schieben suchte.

Hierauf wurde der Student Wessel befragt. Borj.: Haben Sie vor Husmann Angst gehabt? Zeuge: Nein. Borj.: Haben Sie nicht eine ähnliche Verurteilung getan, als Sie von der Beerdigung Daubes kamen?

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung wurde dann der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Raeppler über die Aussage des Hauptbelastungszeugen Harich vernommen. Er erklärte, daß er sich dieser Vernehmung ganz genau entsinne, denn Harich habe Husmann in schwerer Weise belastet, indem er ihm bei seiner angeblichen Handlungsweise eine ganz bestimmte Absicht unterlegte.

Wir Zeugen sind von den Gladbecker Polizeibeamten samt und sonders beinflusst worden.

(Große Bewegung.) Man hat uns direkt dahin informiert: Husmann ist der Mörder, er hat gesandt, nun sagt, was Ihr wißt.

Nach der Vernehmung einiger weiterer Zeugen, die nichts Wesentliches mehr beizubringen waren, dann die Zeugenvernehmungen über den Charakter Husmanns abgeschlossen und die Deuschlichkeit wurde wieder herabgestellt.

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brink. Copyright 1927 by J. M. Spaath Verlag, Berlin.

Der Himmel im Fensterrückel steht unverändert über mir. Die Bank ist hart, und ich überlege eine Weile, ob ich aufstehen soll.

„Suhren!“ Es ist wieder Alberings Stimme. — Ich sehe auch auf.

Der Kamerad kriecht mühsam unter der Bank hervor. Er läßt sich Zeit dabei, um keinen zu stoßen und nicht außer Atem zu kommen.

Wir setzen unsere Pfeifen in Brand. Draußen wird ein helles Land sichtbar, an dem wir entlangfahren. Doch nein, es ist ein Wasser, und zwar der Rhein.

„Es ist bestimmt der Rhein,“ sagt Albering nahe an meinem Gesicht, „du kannst dich darauf verlassen, daß es noch deutscher Boden ist, über den wir fahren. Ich fühle es.“

„Was du sagst!“ „Genau so. Aber sag, schreibst du ein Tagebuch?“

„Rein.“ „Im Ernst, du solltest eins führen, denn so etwas wie dies wirst du nie wieder erleben.“

„Ich antworte, daß ich kein Tagebuch führe, dafür aber jeden Tag nach Hause schreiben werde.“

Albering stößt eine Wolke Rauch gegen die Scheibe und meint: „Schreib ein Tagebuch, Suhren. Denke daran, was du später daraus lesen kannst, wenn sie sich um deine Betenden Gedanken vorlesen kann.“

„Lauter Bildnisse kannst du ihnen vorlesen.“ „Lauter Bildnisse?“ „Lauter Bildnisse?“ „Lauter Bildnisse?“

„Und vergiß den Zutschky nicht,“ knurrt jetzt der Kriegsmann, der uns gegenüber auf der Bank liegt.

„Wie in Butter und Scheiße,“ antwortet Albering. Es ist der Eisenholz, unser Gegenüber.

„Und ob! Du denn auch?“ „Ach? Das ist allerhand von euch. Und ob ich den kenne! Er ist mein Freund!“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

„Er versuchte es,“ sagen wir vorsichtig. „Wollte Kriegsfreiwillige ausbilden, der Zutschky dachte bei sich: Na, wie wir gebaut sind, bilden wir mal Kriegsfreiwillige aus.“

Seine Erzählung hatte Eindruck auf uns gemacht. Albering sagte dann: „Es ist zu verschieden, nicht wahr Suhren? Der eine, der macht's wie der Eisenholz und jöhlt. Und der andere, der macht's wie der Klees und überhaupt die meisten von uns.“

Ich fühlte mich getroffen und fand auch, daß es alles nicht der Rede wert sei. Wir schwiegen. Der Tag graute, und ich dachte: In wieviel Zügen wohl zu dieser Stunde Soldaten über alle Länder Europas dahinrollen, in einem Riesenheer aus Strichen und Kreuzungspunkten?

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Erstens,“ sagt er, „riecht es nach Erbsensuppe, welche der Soldat „Kügelchen“ nennt.“

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

„Bravo, Eisen!“ schreit man und schnallt die Rockgeschirre los. Hahn entzweit seinen Zähnen ein großes Stück Wurst und wickelt es wieder ein.

Schiff betreibt. Die Zeugin schilderte, daß in der **Nachmittags** abends vor ihrem Hause zwei Chauffeure einen Mann überfallen und mit Messer- und Dolchstichen derart bearbeitet hätten, daß der Mann wie tot liegen geblieben sei. Der ganze Bürgersteig sei mit Blut bedeckt gewesen. Nachts um 3.45 Uhr habe sie dann einen Mann in schnellem Schritt in der Richtung nach der Villa des Rektors Kleiböhmer zu vorübergehen hören. R.-M. Kutschen: Konnte jemand, der dort nachts entlang ging, in die Bluffen getreten sein, die sich auf der Straße befanden? Zeugin: Sicherlich. Es waren zahlreiche Blutspuren, denn die Chauffeure hatten den Überfallenen eine Strecke weit geschleift. Borsj.: Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß diese beiden Chauffeure zur Zeit des Mordes in ihren Wohnungen waren.

Zum Schluß der Sitzung richteten denn noch die Sachverständigen an die beiden Väter, an Rektor Kleiböhmer und an Rektor Daube eine Anzahl Fragen, die die geistige Einstellung und die Freundschaft ihrer Söhne betraf. Am heutigen Sonnabend werden nur noch einige Zeugen gehört und dann die Sachverständigen zu Worte kommen. Die Plädoyers der Staatsanwälte beginnen am Dienstag, während der Verteidiger am Mittwoch sprechen wird. Das Urteil ist am Mittwoch in den späten Nachmittags- oder Abendstunden zu erwarten.

Die Katastrophe des Simplon-Expreß.

31 Tote geborgen.

Bukarest, 26. Oktober.

Nach neueren Meldungen wurden bei der Eisenbahnkatastrophe im Bahnhof von Recca 31 Personen, darunter vier Ausländer, nämlich drei Angehörige einer italienischen Familie und ein Grieche, getötet. Die anderen 27 Personen sind Rumänen, die in der 3. Klasse des Schnellzuges reisten. Die Zahl der Verletzten beläuft sich auf 47. Der Zusammenstoß der beiden Züge ist auf einen Fehler der Weichenstellung in dem kleinen Bahnhof Recca zurückzuführen, wo der Simplonexpress nicht hält. Der direkte Wagen nach Paris wurde vollkommen zerstört. Die meisten Verletzten wurden nach den Krankenhäusern von Slatina und Craiova übergeführt. Von Bukarest sind Hilfszüge abgegangen.

Der Simplon-Orientexpress ist ein Luxuszug. Er verkehrt wöchentlich dreimal von Konstantinopel über Bukarest, Triest, Venedig, Mailand nach Paris, von wo aus die Fahrgäste Anschluss nach London haben. Er besteht ausschließlich aus Schlafwagen 1. Klasse.

Eine Grenze der Rieselwirtschaft.

Neues Verfahren der Abwässerbeseitigung Berlins?

Der Berliner Magistrat wird demnächst Stellung zu nehmen haben zu der Frage, ob das in Berlin vor mehr als 50 Jahren eingeführte Verfahren, die Abwässer der Stadt in ihre Umgebung auf Rieselplätzen unterzubringen, noch länger beibehalten werden kann. Stadtbaurat Hahn hat in einer dem Magistrat vorgelegten Denkschrift einen Plan entwickelt, mit der andauernden Mehrung der Rieselplätze einmal Schluss zu machen und in der Abwässerbeseitigung zu einem Klärverfahren, dem sogenannten Belebtschlammverfahren, überzugehen.

Wenn Berlins Bevölkerung sich in fünfzehn Jahren auf 5 Millionen vergrößert, müßten für den Rieselbetrieb so bedeutende Veränderungen hinzugefügt werden, daß man mit den Anläufen bis zu 40 Kilometer weit hinausgehen müßte. Die nötige Erweiterung der Rieselwirtschaft, der Grunderwerb, die Einrichtung des Landes zur Rieselerei, die Herstellung der dann sehr langen Druckrohrleitungen für die Zuführung der Berliner Abwässer zu dem Rieselstand, die Schaffung von Kanälen und Gräben zur Abführung verrieselten Wassers würden Kosten verursachen, die auf 350 Millionen Mark geschätzt werden. Um diese außerordentliche Belastung des Stadtbudgets zu vermeiden, schlägt Hahn die Einführung eines Klärverfahrens vor, das den Anlauf entlegener Ländereien und die Einrichtung eines teuren Betriebes ersparen soll. Bei diesem Verfahren wird dem in der Kläranlage anfallenden Schlammwasser in Gärung übergegangener Schlamm, sogenannter Belebtschlamm, zugeführt. Eingebundene Pressluft und gründliche Durchmischung des Belebtschlammes mit dem Abwasser steigert die Tätigkeit der Kleinstlebewesen des Schlammes so, daß ein schneller und völliger Abbau aller Faulstoffe des Wassers zustande kommt. Das so behandelte Wasser soll von fäulenden Bestandteilen ganz frei sein, so daß es ohne Benutzung von Rieselplätzen in die Vorfluter (Gräben oder Flüsse) geleitet werden könnte. Bei der Schlammgärung entsteht Gas, das größtenteils brennbares Methan ist, aufgefangen werden kann und als Betriebskraft für die Maschinen zu benutzen wäre. Befestigung durch Geruch und Fliegen soll ausgeschlossen sein. Solche Kläranlagen erfordern wenig Land und können in nächster Umgebung der Stadt untergebracht werden. Anlagekosten und Betriebskosten sind sehr viel geringer als bei der Rieselwirtschaft.

Den Belebtschlammanlagen gehört, sagt Stadtbaurat Hahn, die Zukunft. Er will aber die Rieselwirtschaft nicht ganz aufgeben, weil sie für die Lebensmittelversorgung Berlins unentbehrlich sei. Es sollen sogar noch neue Rieselplätze angelegt werden, künftig aber nur da, wo günstige Umstände die Wirtschaftlichkeit sichern. Die Rieselplätze sollen dann besonders in den für die Landwirtschaft in Betracht kommenden Monaten die Abwässer aufnehmen, in den übrigen Monaten aber würden die Kläranlagen als Ersatz dienen. Einsteuerten wären in den nächsten fünfzehn Jahren sechs große Kläranlagen zu bauen, drei im Süden der Stadt, zwei im Norden, eine im Westen.

Helft den sozialistischen Studenten!

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der sozialistische Hochschulausschuß an der Universität Berlin, die wirtschaftliche und sozialpolitische Vertretung aller sozialdemokratischen Studierenden Berlins, hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter anderem auswärtigen Studentenreisenden möblierte Zimmer bei Parteigenossen zu vermitteln, um sie auf diese Weise mit der Arbeiterschaft in engere Beziehung zu bringen. Da aber gerade unter den sozialdemokratischen Studierenden die Zahl der wirtschaftlich schlecht stehenden Studenten sehr groß ist und ein großer Teil unter ihnen sich kein Studium selbst erwerben muß, hat der Aussch. außerdem noch eine Erwerbsvermittlung eingerichtet. Sicherlich wird unter den Parteigenossen ein großer Teil sein, dessen Kinder für den Übergang in eine höhere Schule Nachhilfestunden in einigen Unterrichtsfächern benötigen. Wir wären auch dankbar für Vermittlung von vorübergehender Bureauarbeit, Archivarbeit, Bibliotheksarbeit u. a. m. Auch sind wir dankbar für Angebote von Freizimmern, für die eventuell Nachhilfestunden und Ueberwachung von Schularbeiten gemöhrt werden könnte. Wer billige möblierte Zimmer zu vermitteln hat, wer Nachhilfestunden und irgendwelche andere Arbeiten nachweisen kann, gebe seine Anschrift an beim Sozialistischen Hochschulausschuß an der Universität Berlin, S.B. 6, Wobrenstr. 11, „Sund“.

Die Opfer flagen an!

Die Geschädigten im Bergmann-Prozeß.

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Bergmann-Prozesses wurden eine ganze Reihe von Zeugen vernommen, die ihr Geld bei Bergmann verloren haben. Betschlag sind es ganz kleine Leute, Kleintrentner und arme Witwen, bei denen es sich um ihre gesamten Ersparnisse handelte. Es spielten sich vor Gericht erschütternde Szenen ab, wenn die Zeugen und Zeuginnen unter Tränen ihr jetziges Elend schilderten, und darlegten, wie sie den glänzenden Auskünften vertraut hätten, die sie von einem Staatsanwaltschaftsrat und einem Geheimrat erhalten hätten.

Zunächst wurde ein Kaufmann vernommen, der 9000 M. verloren hat. Wenn ein Staatsanwaltschaftsrat, ein Mann in Amt und Würden, mir die beste Auskunft gibt, dann muß das doch für mich zweifelsfrei sein, so rief der Zeuge aus. Wehlich ging es einer Frau, die 13.500 M. verloren hat. Eine betagte Frau, die schon 1925 zu Bergmann kam und zu den ersten Stunden des Lombardhauses gehörte, hatte mit Bergmann persönlich verhandelt. Sie ließ das Geld mit Zinsen und Zinseszinsen stehen und hat nun alles verloren. Eine 64jährige Witwe, die im ganzen 5600 M. eingelegt hatte, hatte zunächst mit einem Teilbetrag einen Versuch gemacht, weil ihr die Zinsen nicht geheimer vorliefen. Ein Verwandter erzählte ihr aber, daß seine Frau im Bad Königstein die Gattin eines Staatsanwaltschaftsrats Jacoby kennengelernt habe und daß es sich um hochanständige Leute handele, deshalb schrieb die Zeugin an den Angeklagten Jacoby, der ihr als Referenz angegeben war und berief sich auf die Bekanntschaft ihrer Verwandten mit seiner Gattin. Sie bekam von dem Angeklagten eine günstige Auskunft, ohne daß dieser auf die Bekanntschaft mit seiner Frau einging. Es hat sich denn auch nachher herausgestellt, daß es sich um die Gattin eines anderen Staatsanwaltschaftsrats Jacoby handelte. Die Zeugin hat

dann ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 5600 M. eingelegt und verloren. Bitterlich meinte bei ihrer Zeugenaussage eine 64jährige Witwe, die Ende 1927 ihre Ersparnisse in Höhe von 3700 M. hingebracht hatte. Sie ernährt sich jetzt durch Häkeln von Nügen. Die Zeugin verhandelte mit dem Angeklagten Buström und schilderte ihm ausdrücklich, daß sie eine Kleintrentnerin sei, eine ganze arme Frau und nichts zu verlieren habe. Buström beruhigte sie. Ich habe fürchtbares Herzfloppen, bis ich die ersten Zinsen bekam. Dann fühlte ich mich aber sicher und brachte den Rest meines Geldes hin. Eine Witwe hatte telephonisch von Jacoby Auskunft erhalten. Borsj. (zum Angekl. Dr. Jacoby): Ruhten Sie nicht befürchten, daß der Herr Generalstaatsanwalt einmal mit verstellter Stimme anrufen könnte, um sich zu überzeugen, ob Sie noch Auskunft erteilen? Angekl. Dr. Jacoby: Daran habe ich nicht gedacht. Schließlich wurde noch eine 70jährige Greisin vernommen, die in Raten 1400 M. eingezahlt hatte. Als Sicherheit erhielt sie einen Lombardschein über 1800 M. Schwimringe. Das Geld hatte sie und ihr Mann sich erspart, und es sollte dazu dienen, das betagte Ehepaar in ein Städtchen einzulassen. Borsj.: Das Geld haben Sie verloren? Zeugin: Hoffentlich nicht, vielleicht kommt noch etwas heraus, sonst gehen wir zu Bergmann, der kann uns dann ernähren.

Der Angeklagte Bergmann zeigte sich bei dem Aufmarsch der Betrogenen und ihren Tränen und Bormürfen offensichtlich sehr nervös. Als bei Schluß der Sitzung über die Ladung weiterer Opfer gesprochen wurde, sagte der Verteidiger Bergmanns, Dr. S. Feblowicz: Haben wir denn noch nicht genug Zeugen gehört? Es sind doch schon die Kernsten der Armen vernommen, und die reichen Opfer brauchen wir doch nicht. Die Anklagevertreter behielten sich aber vor, noch weitere Zeugen dem Gericht vorzuführen. Die Verhandlungen wurden dann auf Montag vertagt.

Ein neuer Totschlagsprozeß.

Den Todfeind kaltblütig erschossen.

Ein neuer Totschlagsprozeß begann vor dem Schwurgericht I, das sich in seiner gegenwärtigen Sitzungsperiode fast nur mit Bluttaten zu beschäftigen hat. Angeklagt wegen vorfälliger Tötung ist der Elektroingenieur Alfred Bischof. Bischof hat am 9. Dezember v. J. den Kaufmann Norbert Becher, den er als seinen Todfeind betrachtete, mit einem Messer niedergeschossen.

Der Angeklagte ist mehrfach vorbestraft, allerdings nicht sehr erheblich. Er gilt auch als ein reizbarer, gewalttätiger Mensch. An dem verhängnisvollen Tage kam Bischof in ein Geschäftskontor und traf dort mit seinem Gegner zusammen. Es entstand zwischen beiden ein heftiger Wortwechsel, in dessen Verlauf Bischof ein großes Taschenmesser hervorholte, es aufstappte und damit drohend vor dem Gesicht Bechers herumwühlte. Dieser nahm die Drohung aber unerschrocken nicht ernst, denn er blieb in einem Korbjesset ruhig sitzen. Eine Kontoristin suchte den sich wie toll gebärdenden Bischof wegzubringen. Wütlich riß er sich aber los, stürzte auf den im Sessel sitzenden Becher zu und verlor ihm einen tödlichen Stich. Röchelnd brach Becher zusammen. Mit größter Ruhe und Kaltblütigkeit wuschte der Angeklagte das blutige Messer ab, steckte es in die Tasche und entfernte sich von dem Tatort, wobei er noch einen gleichgültigen Blick auf den Sterbenden warf. Er hat dann verschiedene Lokale aufgesucht und kam erst morgens nach Hause. Als er von seiner Ehefrau hörte, daß die Polizei schon nach ihm fahnde, stellte er sich selbst. Seine erste Ausrede ging dahin, daß er von nichts wisse, da er jinnlos betrunken gewesen sei. Als diese Darstellung aber durch die Zeugenvernehmungen sich als nicht fruchtbar erwies, änderte er seine Verteidigungsmethode und behauptete nun, daß er zuerst angegriffen worden sei und in Notwehr gehandelt habe. Auch das wurde durch die Ermittlungen völlig widerlegt. Der getötete Becher hatte gar keine Bewegung gegen den Angeklagten gemacht. Nunmehr wollen die Rechtsanwälte Dr. Buppe und Dr. Bindar den Beweis antreten, daß Bischof verrückt sei. Er soll aus einer geisteskranken Familie stammen. Es sind daher verschiedene medizinische Sachverständige, darunter Obermedizinalrat Dr. Bürger, geladen worden. Im ganzen sind etwa 40 Zeugen aufgebeten. Unter ihnen befand sich auch die Ehefrau des Angeklagten, die beim Zeugenauftritt erklärte, daß sie die Aussage verweigere. Sie brach dann ohnmächtig zusammen und mußte aus dem Saal getragen werden. Das Gericht verurteilte Bischof zu 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Das Münchener Eisenbahnunglück.

Erhebung der Anklage.

München, 26. Oktober. (Eigenbericht.)

Die staatsanwaltliche Untersuchung des Münchener Eisenbahnunglücks vom 15. Juli d. J. ist nunmehr abgeschlossen. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung, fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Transportgefährdung und richtet sich nur gegen das untere Personal. Es sind angeklagt der Weichenwärter Hechtel, der Oberstellwerksmeister Schnellrieder, der Stellwerksmeister Schall, der Lokomotivführer Riedl und der Schaffnergehilfe Rigel vom Vorzug sowie der Lokomotivführer Albrecht und der Heizer Fischer vom Nachzug.

Wie das Untersuchungsergebnis erkennen läßt, hat eine ganze Kette von unglücklichen Zufällen zu dem Unglück geführt. Den Ausgangspunkt des Zusammenstoßes bildete angeblich die Tatsache, daß der Vorzug durch Ziehen der Notbremse gestellt wurde. Die Zweifel an diesem Tatbestand konnten nie behoben werden, da es nicht gelang, jenen Passagier festzustellen, der die Notbremse angeblich gezogen haben soll. Nach dem Ergebnis der Untersuchung ist der Sachverhalt nun folgender: „Der Lokomotivführer des Münchener Schnellzuges vermisste kurz vor der Abfahrt seinen Fahrplan, den er vorchriftsmäßig bei sich haben muß. Während er sich nun einen neuen beschaffte, beauftragte er den Heizer zur Bedienung der jedem Reisenden bekannten letzten

Bremsprobe. Da diese Tätigkeit dem Heizer völlig ungewohnt war, unterließ er, den Bremshebel wieder in seine ursprüngliche Stellung zu bringen. Das dadurch bedingte Eindringen von Luft in die Bremsvorrichtungen wirkte bald nach der Ausfahrt in genau gleicher Weise wie das Ziehen der Notbremse, so daß der Zug kurz vor der Donnersberger Brücke, also der späteren Unglücksstelle, automatisch zum Stehen kam. Diese unzeitige Verknüpfung von Vorgängen bildete so den Ausgangspunkt der fünf Minuten später eintretenden Katastrophe.“

Kein Amerikanerflug des Zeppelin.

Der Skandal des Nachrichtenmonopols.

Lechurstr. 26. Oktober.

Dr. Eckener hat den geplanten Rundflug des „Graf Zeppelin“ nach dem mittleren Westen der Vereinigten Staaten aufgegeben. Das Schiff wird für die Rückfahrt nach Europa fertig gemacht.

Berlin, 26. Oktober. (W.T.B.)

Nach Drohverbalen der deutschen Botschaft in Washington hat Dr. Eckener gegenüber dem von Ministerialdirigent Brandenburg im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums an ihn gerichteten Ersuchen, das Nachrichtenmonopol für die Rückfahrt aufzugeben, darauf geantwortet, daß er insofern bestehender rechtlicher Bindung auch beim besten Willen dazu nicht in der Lage sei. Er bitte daher bezüglich, daß die deutschen Reichsstellen und die Deutschnacht seiner Zwangslosigkeit Rechnung tragen möchten. Dr. Eckener soll es gelungen sein, in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung ihre anfängliche Verflämung über das Monopol vergessen zu lassen. Die Presse hat dort eine Begeisterung für ihn und sein Werk an den Tag gelegt, die von vielen als noch bewegter wie aus Anlaß des Kohlfluges betrachtet wird.

Der Schluß dieser Wolff-Redung soll wahrscheinlich dazu dienen, für Dr. Eckener hinsichtlich des Nachrichtenmonopolstandes gut Wetter zu machen. Bei aller Verkennung der technischen und nautischen Erfolge des Zeppelinfluges bleibt die Tatsache bestehen, daß das Nachrichtenmonopol außerordentliche Mißbilligung hervorgerufen hat, daß man es in Deutschland als eine Brüstung des ganzen Volkes empfindet. Die „Zwangslage“, in die sich Herr Dr. Eckener begeben hat, mag er jetzt vielleicht peinlich empfinden, er wird erkennen, daß er auf dem Gebiete des Nachrichtenmonopols einen falschen Kurs gefahren hat.

Bundestag des DBB.

Mit der Wahl der Bundesleitung ging gestern der Bundestag des Deutschen Beamtenbundes zu Ende. Bemerkenswert ist dabei, daß der Vorsitzende des Verbandes Preussischer Polizeibeamten, Schrader, die auf ihn entfallende Wahl ablehnte.

Auf Grund eines Ausschuhberichts wurde versucht, die Einwände gegen die Verquickung des DBB. mit dem Wirtschaftsbund zu entfräften. Richtig soll eine Abgrenzung stattfinden zwischen DBB. und Wirtschaftsbund, und die Aufsichtsratsposten sollen von leitenden Bundesbeamten nur mit Genehmigung der Bundesleitung übernommen werden. Eine Neugestaltung der Bundesverfassung wurde gegen eine erhebliche Widerberheit beschlossen. Ein Antrag des Deutschen Lehrervereins, die Aufwandsentschädigungen der Bundesbeamten zu beseitigen, wurde mit 186 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Vorher nahm der Bundestag eine Reihe von Anträgen an, in denen die Forderungen der Beamten bezüglich Beförderungsneuregelung usw. niedergelegt waren. Unter anderem wurde auch eine Stärkung des Einflusses der Reichsregierung auf die Reichsbahn mit dem Ziele der endgültigen Wiedereinführung der Reichsbahn in die volle Verfügungsgewalt des Reiches gefordert.

Wenn auch der Bundesvorsitzende in seiner Schlussrede die Einheit des DBB. besonders betonte, so scheint es dem Bundestag nicht geplückt zu sein, diese Einheit herzustellen.

Foto-Ausstellung der „Naturfreunde“.

Im Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker, Dreihundstr. 6, hat die Fotogemeinschaft der „Naturfreunde“ eine wirklich wohltuende Ausstellung veranstaltet. Mit viel Geschick und einem kunstverständigen Auge wurden prächtige landschaftliche Motive und Genrebilder mit der Linse festgehalten. All ihre schönen Wanderungen und Reisen bieten der geschickten Kameraleute farbigste, interessantes Material. Da sieht man wichtige Reissformationen aus den Dolomiten, neben blühendem Wiesentand mit weidenden Rinderherden, mondbeschiene Wasserpartien, dann wieder hübsche Motive aus dem alten Berlin, töstliche Typen aus dem Alltag, ein buntes Bild feinseltlicher Amateurlinien, die sich all der neuen Wege in der Photographie mit Eifer und Talent bemächtigt hat. Die Ausstellung ist seit 15. Oktober täglich von 9 bis 6 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

JUNG SOZIALISTISCHE VEREINIGUNG

BERLIN

Achtung! Am Sonnabend, dem 27. Oktober, 10 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Kochstr. 13

große Kundgebung

Thema: Erziehung der Massen zum Marxismus.

Referent: Angelika Balabanoff.

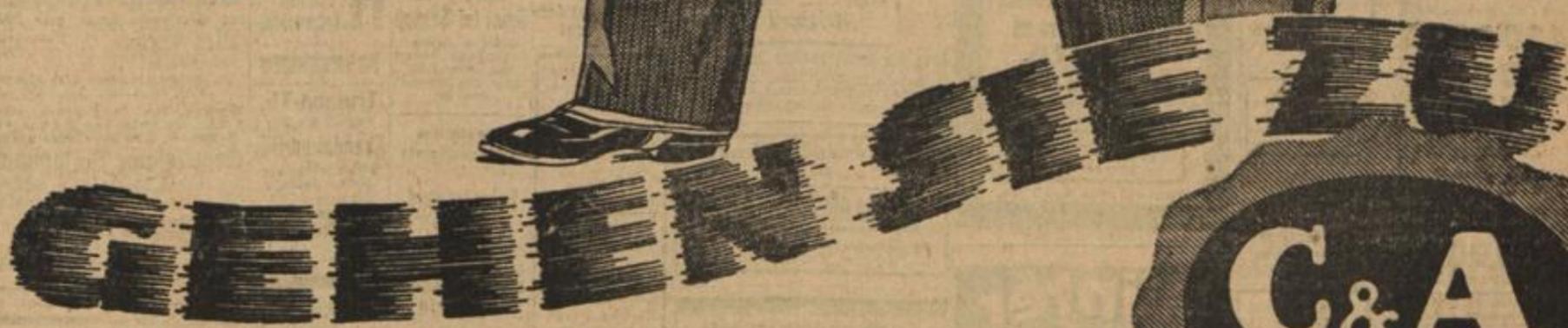
Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. Beitr. erh. Beacht. recht zahlreich.

Wenn Ihnen Ihr Geld lieb ist. . .

Wenn Sie immer gut ange-
zogen sein wollen, wie es ja
wohl jeder muß, der heutzuta-
ge vorwärtskommen will

Wenn Sie sicher sein wollen,
nur wirklich moderne Sa-
chen zu finden, von guter
Qualität und tadellosem Sitz

Wenn Sie trotzdem spar-
sam wirtschaften wollen,
und in jedem Fall billiger
zu Ihrer Kleidung kommen
wollen, als Sie höchst-
wahrscheinlich dachten



Königstraße 33 **Chausseestr. 113**
Am Bahn. Alexanderplatz Beim Stettiner Bahnhof



Crepe Sohlen

unverwundlich

billig, weil sie länger halten als das Schuzeug
 schick, weil jede Art Schuhzart mit Crepe-Sohlen eigenartig und flott wirkt
 gesund, weil die Crepe-Sohlen wasserdicht u. warm sind
 angenehm, weil sie einen elastischen Genuß ohne Ermüdung bewirken und, weil der Fuß keine Unebenheiten und Stacheln durch die Sohle fühlt
 praktisch, weil die Sohlen mit Leichtigkeit unter jede Art Schuhzart zu kleben sind.



Die ideale Schuhbesohlung
 für Erwachsene und Kinder
 für Straße und Sport

Für empfindliche, kranke oder übermüdete Füße eine wahre Wohltat.

Aufklärende Broschüren über Crepe-Sohlen kostenlos durch

Reklame-Depot, Hamburg 36, Neuerwall 25-28

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., d. 27. 10. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 120 19 Uhr	Sonnab., d. 27. 10. Städtische Oper Bismarckstr. Turnus 1 18 1/2 Uhr
Rosenkavalier	Tannhäuser
Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 172 20 Uhr	Städt. Schauspielh. in Unterarmm. A.-V. 186 30 Uhr
Cardillac	Egmont

Städt. Schiller-Theater, Charlthg.
18 1/2 Uhr: *Wallensteins Lager*.
20 Uhr: *Flachsman als Erzieher*.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
U-Boot S 4

Theater am Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr
Schnaider Wibbels Auferstehung

Städt. Schiller-Th.
8 Uhr
Flachsman als Erzieher

SCALA

8 Uhr 8.5. Barbarossa 9255
Original Theresia-Trio. Musik aus der Luft.
Powers-Riesen-Tanz-Elektro vom New York-Hippodrom und das große Variété-Programm.

Sonnabends u. Sonntags
Je 2 Vorstellungen
8.30 u. 8 Uhr. — 3.30 zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Metropol-Theater
249th 8 1/2, 8 1/2

Friederike
Muff von Franz Lehár
Rühe Dorich
Richard Tauber

Alle Wägen + Teipermann
Walzlicht + Piegelmann
Danz Rey Simburg + Ralier-Eis
Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 5293

Ziehung 7. bis 13. Novbr.
Pünktig

Volkswohl-Lotterie

430 000
150 000
75 000
50 000
25 000
20 000
10 000

Losse zu 1 Mk., Hauptlosse zu 2 Mk.

G. Dischlatz & Co.
Berlin O 2, Köpenickerstr. 11
Postfach 10079
Tel. Berolina 10079

Deutsches Theater
Norden 12 310
Vorverkauf auch im Pavillon d. Reinhardttheater, Kurfürstendamm, Ecke Uhländstraße Bismarck 448 u. 449
8 Uhr, Ende gegen 11

Die Verbrecher
Schauspiel von Ferdinand Brückner

Kammerspiele
Norden 12 310
8 1/2 U. Ende nach 10

Die Komödie
Bismarck 2414/7316
8 1/2, Ende 11 1/2, Uhr

Eltern und Kinder
Komödie von Bernard Shaw

HALLER-REVUE
„Schön und schön“
Täglich 8 1/2 Uhr

Thalia-Theater
Dresdener Str. 77-79
8 Uhr
Schnaider Wibbels Auferstehung
Sensations, Großes, Großes.

Wintergarten
Tägl. 8 Uhr
Internat. Variété
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen
8.30 und 8 Uhr
3.30 kleine Preise
Rauchen gestattet

Großes Schauspielhaus

CASANOVA

Für 50 Pfennige
14 große Variété-Attraktionen
Heute abend 8 Uhr!
Thalia-Theater!
Weinbergweg 30

Komische Oper
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!
Die große Revue der „Freien Liebe“
Sonntag 3 1/2 Uhr
Vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen
Parkett nur 4,50 Mk.

Reichshausen-Theater
Abends 8 Uhr
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Steffiner Sänger
Zum 76. Male:
„Traumbilder“ v. Meytal
Dazu das andere wunder-volle Oktober-Programm
Nadm. halbe Preise, volles Prog.

CASINO-THEATER
Lothringer Straße 37.
Neu! Neu!
Stöpsel

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutschele für 1-4 Pers.
Paarpreis nur 1,15 M., Sessel 1,65 M.
Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

Renaissance-Theater
8 1/2, Heide 8 1/2
Ton in des Töpfers Hand

von Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul Eger. Regie: Gust. Hartung

Leichshausen-Theater
Abends 8 Uhr
Sonnt. nachm. 3 Uhr
Steffiner Sänger
Zum 76. Male:
„Traumbilder“ v. Meytal
Dazu das andere wunder-volle Oktober-Programm
Nadm. halbe Preise, volles Prog.

Theater-Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 4 Tel. Moritzpl. 18017
Täglich 8 Uhr, auch Sonntags nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit
„Silberne Hochzeit“ u. „Perle“
einem toll. Schwank
Volkspreise: 1.00 b. 2.00 M., Logen 2,50

Theater des Westens
Meckauer jüd. akad. Theater
Letzte 4. Vorstellung:
8 1/2 Uhr:
Die Nacht auf dem alten Markt

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
Der Dickkopf
Zandrock, Lappe, Sterler, Sikla.

Theater in der Stadt
Lützowstr. 37
Dönh. 919 - 917, Uhr
Über 500 Mal:
Spiel im Schloß
Liedli von Franz Böker, Regie Eugen Robert
Jenes Entzückt, Arter, Schöner, Uche, Topp-Jella, Tülow, Gals

Theater am Hollendorferplatz
Täglich 8 1/2 Uhr
Schwarzwalddämäl!
Operette in 3 Akten
Sonntags 11 1/4 Uhr
Die
Fledermaus.

Leustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Arm wie eine Kirchenmaus
L. J. Dörmig, L. Gensert
10. Akter 1927

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im Sitzungssaal des Verbands-Hauses, Clauenstraße 63, 65
1. Vortrag, 4 1/2 U.

Branchenversammlung
der Elektromonteur- und Heizer-Tagung
Tagungsordnung: 1. Die organisa-torischen Vorbereitungen in der Branche. 2. Berichtsbroschüre.
Zahlreiches Erstellen wird erwartet.

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtheit des „Vorwärts“ sind besonders wirksam und trotzdem sehr billig!

Unrichtiges Waschen verdoppelt Ihre Ausgaben

waschen Sie Seidenstrümpfe schonend mit Lux Seifenflocken!



Unrichtig wäscht man, wenn man für feine Gewebe gewöhnliche Waschmittel nimmt, die sich nur für die Hauswäsche eignen. Der zarte Seiden- und Wollfaden verträgt nur ein ganz schonendes Waschmittel. Nehmen Sie Lux Seifenflocken; sie allein gewähren vollkommensten Schutz, weil sie rein und mild sind.

LUX SEIFENFLOCKEN
SUNLIGHT-GES. A.G. MANNHEIM

DIE heute so beliebten zarten dünnen Strümpfe verfallen alle dem gleichen schnellen Geschick, wenn sie unrichtig gewaschen werden. Sicher kennen auch Sie das schreckliche „Fallen“ der Maschen, den Ruin von so manchem neuen Strumpf. Das zarte Strumpfgewebe kann eben nicht halten, wenn es durch scharfe Waschmittel geschwächt wird. Nur reinste Seife ist das Richtige. Nehmen Sie darum für Ihre Seidenstrümpfe die reinen Lux Seifenflocken. Das empfehlen Ihnen auch die Hersteller der führenden Kunstseidenmarken, wie Glanzstoff, Bemberg, Agfa, Trivisic, Kasema u.a. Schlagen Sie einfach die köstlichen weissen Flocken zu dichtem Schaum und drücken Sie ihn sacht durch das Seidengewebe. In einer Minute ist es wieder rein und jedes Fädchen unversehrt! Ihre neuen zartfarbenen Strümpfe bleiben neu! Nur echt im Normalpaket zu 50 Pfg. und Doppelpaket zu 90 Pfg.

LUX SEIFENFLOCKEN GRATIS!

Ein Probe-Paket für jeden Haushalt!

Füllen Sie diesen Gutschein aus und senden Sie ihn an die Sunlicht-Gesellschaft, Mannheim. Sie erhalten kostenlos ein Probepaket Lux Seifenflocken zugesandt.

Name: _____
 Ort: _____
 Straße: _____

Baldwin leugnet Kurstwechsel.

Keine neuen Verpflichtungen. — Steiche Freundschaft mit Frankreich und Deutschland.

London, 26. Oktober.

Auf einer Massenkundgebung anlässlich der zehnten Jahrestagung des Gründungsstabes der Völkervereinigung ergriff Ministerpräsident Baldwin nach einer Begrüßungsansprache Lord Greys das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte: Ich bezweifle, ob irgendein Volk die kriegerische Bestimmung mehr unterdrückt hat als wir. Während wir unsere engen und seit langem bestehenden Beziehungen zu Frankreich beibehalten und sogar verbessert haben,

haben wir zu dem mächtigsten unserer ehemaligen Feinde vollkommen freundschaftliche Beziehungen hergestellt (Beifall).

und wir können mit Recht behaupten, daß wir eine gewisse Rolle bei der Herstellung und Besserung der Beziehungen gespielt haben, die jetzt zwischen Frankreich und Deutschland bestehen.

Ich muß dem Gedanken widersprechen, der in einigen Kreisen Glauben gefunden hat, für den aber nicht der Schatten eines Grundes vorhanden ist, daß wir unsere Stellung der Unparteilichkeit und Versöhnlichkeit, die wir zur Zeit des Locarnopaktes eingenommen haben, bis zu einem gewissen Maße aufgegeben haben. Das ist nicht so.

Wir sind keine neuen Verpflichtungen eingegangen. Es besteht keine Veränderung der Orientierung unserer Politik. Unsere Interessen und unsere Neigungen veranlassen uns in gleicher Weise die herrlichen Beziehungen mit Deutschland ebenso wie mit Frankreich beizubehalten und sogar zu stärken.

Mit Italien haben wir seit Generationen die freundschaftlichsten Beziehungen gepflegt, und nichts hat statgefunden oder wird stattfinden, um diese Freundschaft zu unterbrechen (Beifall).

Vor den Schweizer Neuwahlen.

Die Sozialdemokratie kämpft allein gegen alle.

Am Sonntag finden in der Schweiz die Wahlen zum Nationalrat statt. Ein heftiger Wahlkampf nimmt damit sein Ende. Es geht um die Frage, ob die seit rund einem halben Jahrhundert als stärkste Schweizer Partei fungierenden Radikaldemokraten ihre bisherige Rolle weiter spielen dürfen, oder ob die Sozialdemokratie als größte Fraktion in den Nationalrat einzieht.

Mit der Einführung des Verhältniswahlsystems begann im Jahre 1919 ein unaufhaltsamer Vormarsch der Schweizer Sozialdemokratie. Die Radikaldemokraten behielten von 120 Sitzen nur 61, während die Sozialdemokratie in den ersten nach dem Verhältniswahlsystem gewählten Nationalrat bereits mit 38 Mandaten einzog. Sie steigerte ihre Mandatsziffer im Jahre 1922 auf 43 und 1923 auf 49 Mandate. Die Radikaldemokraten sind dagegen inzwischen auf 59 Sitze zurückgedrängt worden. Ihre Führerrolle ist ab jetzt nicht mehr unbestritten.

Die Schweizerische Sozialistische Partei führte den Wahlkampf gegen alle bürgerlichen Parteien. Anfänglich schien es, als ob die Bayern mit ihr wenigstens eine Straße gemeinsam des Weges marschieren würden. Großzügige Kreditaktionen und andere Hilfsmaßnahmen führten sie aber schließlich wieder auf die Seite des Bürgerlums. Aus dem vermutlichen Verbündeten wurde ein Gegner. Auch gegen ihn hat die Sozialdemokratie mit aller Schärfe angeknüpft. Angriffspunkte gab es in reichlichem Ausmaß. Auf sozialpolitischem Gebiet ist die Schweiz heute noch sehr zurückständig. Erst seit knapp zwei Jahren besitzt sie eine Arbeitslosenversicherung. Eine Altersversorgung und vieles andere dürften wie alle anderen bestehenden sozialen Maßnahmen von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften nur noch bitteren Auseinandersetzungen erlitten werden. Die Sozialpolitik spielte deshalb in den Auseinandersetzungen mit dem Bürgerlums eine ebenso wichtige Rolle wie das für das flache Land außerordentlich wichtige Agrarproblem und die Frage des Militärbudgets. Die Sozialdemokratie tritt für eine wesentliche Herabsetzung des Budgets bis zur Schaffung einer späteren Militär- und vollständiger Abrüstung ein. Ein Programm, von dessen Schlagkraft die Sozialisten der Schweiz überzeugt sind. Sie sind siegesgewiß in den Kampf gezogen und haben ihn ebenso abgeschlossen.

Arbeiterfortschritte in Norwegen.

Die Mehrheit in über 40 Gemeinden erobert.

Oslo, 26. Oktober. (Eigenbericht)

Im Verlauf der norwegischen Gemeindevahlen hat die Arbeiterpartei den bürgerlichen Parteien bisher 44 Gemeinden neu entzogen; verloren hat sie die Mehrheit in drei Gemeinden.

Mexikos ewiger Bürgerkrieg.

Vierzehnstündiger Feuerkampf.

Mexiko-Stadt, 26. Oktober.

300 Auffständische haben die Stadt Toluca im Staate Jalisco ergriffen. Es entspann sich ein vierzehnstündiges Gemetzel mit einer Beteiligung von Hunderten. Die Auffständischen mußten sich schließlich unter Hinterlassung von ungefähr 20 Toten zurückziehen. Die Bundesstruppen hatten drei Tote und mehr als 10 Verwundete zu beklagen.

Hoover oder Smith?

New York, 26. Oktober.

In der bereits mehrfach erwähnten, von der Zeitschrift „Literary Digest“ veranstalteten Probeabstimmung für die Präsidentschaftswahlen sind bis jetzt 2700 000 Stimmen abgegeben worden, von denen 1 717 041 auf Hoover, 971 356 auf Smith entfielen. Hoover hat in allen Staaten außer in Georgia, Louisiana, Mississippi und Süd-Carolina bei dieser Probeabstimmung die größte Stimmenzahl erzielt.

Der französische Eisenbahnstreik im Direktionsbezirk Provence, der seit 17 Tagen dauert, geht weiter. Die Drohung der Direktion, am Donnerstag die Arbeit nicht wieder aufnehmen, habe sich als entlassen zu betrachten, blieb erfolglos. Keiner der Streikenden hat die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Textilindustriellenverband.



„Dem deutschen Arbeitsfrieden mitten ins Herz!“

Volksgesundheit und Strafgesetz.

Die Frage der Unterbringung in Anstalten.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs über die Unterbringung in Anstalten.

Genosse Dr. Rosenfeld begründete einen sozialdemokratischen Antrag, nach welchem sowohl die Unterbringung in einer Heil- und Pflegeanstalt als auch die in einer Trinker- oder Enziehungsanstalt nur im Einklang mit dem Gutachten eines fachärztlichen Sachverständigen angeordnet werden dürfe.

Ministerialrat Bumke erklärte, daß die Bestimmungen über die Zuziehung von Sachverständigen in die Strafprozeßordnung aufgenommen werden sollten. Dann würde auch der sozialdemokratische Antrag berücksichtigt werden.

Der Antrag wurde darauf zurückgezogen.

Der Kampf gegen das Opium.

Bei der Erörterung der Bestimmungen über die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt wies Genosse Dr. Moses auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des Opiumschmuggels hin.

Genosse Dr. Rosenfeld ergänzte diese Ausführungen dahin, daß das Reichsgesundheitsamt in der Erteilung von Ein- und Ausfuhrerlaubnissen für die Einfuhr von Kauschmitteln zu sehr Rücksicht nehme auf die Interessen des in der Opiumindustrie investierten Kapitals.

Hg. Kohl begrüßte die Anregungen, die auf Verminderung des Opiumverbrauchs hinauslaufen.

Ministerialrat Bumke sagte zu, daß die Regierung die sozialdemokratischen Anregungen weiter verfolgen werde.

Hg. Bell (3.) wies auf die internationalen Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Ländern über die Einschränkung des Opiumhandels hin.

Genosse Dr. Rosenfeld erwiderte ihm, daß auf internationalem Wege in der Bekämpfung des Opiumhandels nicht viel erreichbar sei, da England alle diese Bestrebungen im eigenen Interesse sabotiere. Die Haupttatsache sei, in Deutschland selbst die Opiumindustrie zu beschränken.

Hg. Kohl (D. Sp.) erkennt an, daß die Verhandlungen mit dem Ausland nicht zu einem befriedigenden Ziel führen werden. Der Ausschuß könne aber wenigstens seine Auffassung zum Ausdruck bringen.

Genosse Dr. Rosenfeld bringt eine Entschärfung ein, die die Unterstützung der Demokraten, des Zentrums und der Volkspartei findet:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Herstellung von Kauschmitteln in Deutschland auf das durch die Bekämpfung von Krankheiten in Deutschland gebotene Maß zu beschränken.“

Der Ausschuß beschließt, zur Besprechung dieses Antrages in der nächsten Sitzung die Vertreter des Reichsgesundheitsamtes hinzuzuziehen.

Gegen die Ausbeutung der Kranken.

Bei der Besprechung des § 57, der die Unterbringung in einer Heilanstalt behandelt, kritisierte Genossin Pfäff die Ausbeutung der Kranken, die in manchen Heilanstalten stattfindet. Nicht einmal der Schutz der Pfleger sei hinreichend garantiert. Die Wirtschaftlichkeit der Anstalten dürfe nicht von der Arbeit der Insassen abhängig sein. Der Heilzweck dürfe nicht gefährdet und der Arbeiterschutz nicht vernachlässigt werden. Beim Strafvollzugsgesetz müssen hinreichende Garantien geschaffen werden.

Genosse Dr. Moses weist darauf hin, daß in solchen Anstalten fortgesetzt Kranke mit Arbeiten beschäftigt werden, die nicht im Bereich der Arbeiten liegen, die Heilungszwecken dienen. Schon bei der vorjährigen Beratung des Etats für das Innenministerium

„Perlenkomödie“ von Bruno Frank.

Ein Gesellschaftsstück im Komödienhaus.

Eine Perlenkette wird auf der Bühne geraubt. Epigonenstreich eines Gentleman, der damit eine trübselige Ehe endgültig zerlegt und so der Gattin einen großen Gefallen tut. Herzlicher Beifall für den Autor des äußerst spannenden und unterhaltenden Stückes und für Kurt Götz, den Perlen- und Herzensräuber.

dgr.

habe die sozialdemokratische Fraktion auf das Unheil der Pflegekosten in einzelnen Heilanstalten hingewiesen und deren Beseitigung gefordert. Gesundheit und Leben der Kranken und des Personals müßten gesichert sein. Arbeiten dürften nur verrichtet werden, soweit sie als Heilfaktoren in Betracht kämen. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ habe allerdings der Sozialdemokratie den Vorwurf gemacht, daß sie verhindern wolle, daß sich in den Heilanstalten jemand wieder an das Arbeiten gewöhne! Tatsächlich seien in letzter Zeit in pflegerischen Heilanstalten, in denen Kranke die Aufsicht über Kranke hatten, sogar Morde verübt worden.

Frau Hg. Neuhaus (3.) tritt ebenfalls für eine ausreichende staatliche Aufsicht der privaten Anstalten ein, die entweder besser werden oder geschlossen werden müßten.

Der Regierungsvorschlag zu § 57 wird angenommen.

Reform der Arbeitshäuser!

Baum § 58, der die Unterbringung in Arbeits- oder Erziehungsanstalten behandelt, bringt Hg. Goshke (Komm.) die Hausordnung für die Provinzialfürsorge-Erziehungsanstalt zu Reutheim zur Sprache, wo sogar vorgesehen ist, daß eine körperliche Züchtigung des Jüglings mit einem Hefel- oder Rohrstock von 1 Zentimeter Stärke bis zu 10 Hieben auf das mindeste mit einer Unterhose bekleidete Gesicht stattfinden dürfe.

Genossin Pfäff begründete einen sozialdemokratischen Verbesserungsantrag, nach welchem nicht das Gericht die Unterbringung in ein Arbeitshaus anzuordnen hat, vielmehr nur das Gericht die Zulässigkeit der Unterbringung in einem Arbeitshaus auszusprechen kann. Nicht das Gericht sei geeignet, die endgültige Entscheidung zu treffen, vielmehr eine Behörde, die getrennt von Polizei und Gericht als Fürsorgebehörde die Persönlichkeit des Einzelnen besser beurteilen kann.

Die Arbeitshäuser müßten natürlich ganz anders werden, als sie es jetzt sind.

Gegen viele Arbeitshäuser müsse man heute das tiefste Mißtrauen haben. Sie seien nur ganz selten geeignet, von neuem Arbeitsfreude zu erwecken. Ferner sei notwendig, wie es die sozialdemokratische Fraktion fordere, Arbeitsunfähige statt einem Arbeitshaus einem Asyl zu überweisen.

Genossin Wurm tritt für einen sozialdemokratischen Antrag ein, der die Voraussetzungen erschweren will, unter denen Prostituierte einer Anstalt überwiesen werden können. Jetzt beständen eigentümliche Beschränkungen im Wohnrecht der Prostituierten, da sie weder in der Nähe von Schulen noch von Kirchen wohnen dürften. Wo sie dann noch in vielen Städten, die viele Kirchen und Schulen haben, wohnen sollen, sei aber unerfindlich. Diese Bestimmung sei auch ungerecht, da lediglich der Frau Schwierigkeiten gemacht wurden, nicht aber dem Mann, der solche Frauen empfangen und in seinem Wohnrecht nicht beschränkt sei.

Jugendliche sollten überhaupt nicht in einem Arbeitshaus untergebracht werden, denn Arbeitshäuser seien wahrlich keine Erziehungsanstalten für Jugendliche.

Ministerialrat Schäfer erklärte sich für den sozialdemokratischen Antrag, dem Gericht das Recht zu nehmen, die Unterbringung in einer Anstalt anzuordnen.

Auch Ministerialrat Bumke meinte, sich dem sozialdemokratischen Antrag nicht widersetzen zu sollen.

Nach weiterer Beratung wurde die Sitzung auf Montag vertagt.

Zehn Zuchthausjahre für ein Waldfest.

Faschistenjustiz gegen Kommunisten.

Rom, 26. Oktober.

Nach einer Geheimverammlung von Kommunisten in einem Wald bei Tanga wurden 13 Teilnehmer verhaftet. Die in Form eines Waldfestes veranstaltete Versammlung war zur Propaganda in den Fabriken und zur Gründung einer kommunistischen Vereinigung gedacht. Die Verhafteten wurden zu Zuchthausstrafen von ein bis 10 Jahren verurteilt.

1530 Verhaftungen in Vincennes. Die Zahl der in Vincennes vorgenommenen Verhaftungen beträgt 1530, darunter 452 Ausländer, von denen 96 Polen, Spanier, Russen, einige Italiener, keine Deutschen der Polizeipräfektur zugeführt wurden.

Tarifverträge im Deutschen Reich.

Zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten nach Tarif.

Im 43. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt sind die Ergebnisse der statistischen Erhebungen über die Tarifverträge vom 1. Januar bis 31. Dezember 1928 veröffentlicht, die zwar keine positiven Schlüsse auf den jetzigen Stand des Tarifvertragswesens zulassen, aber doch für die Beurteilung der tarifpolitischen Entwicklung in den letzten Jahren von Wert sind. Interessant ist nicht nur ein Vergleich mit den einzelnen Nachkriegsjahren, sondern auch mit der Vorkriegszeit.

In den letzten Jahren vor dem Kriege bestanden rund 11 000 Tarifverträge für etwa 150 000 Betriebe und etwa 1 1/2 Millionen Beschäftigte, also für

noch nicht einmal 10 Proz.

aller Arbeiter und Angestellten. In der Nachkriegszeit änderte sich das Bild ganz gewaltig. Die Zahl der Tarifverträge stieg zwar nur wenig, aber dafür desto mehr die Zahl der Betriebe und der von den Tarifen erfassten Personen. Während 1919 für 272 251 Betriebe mit 5 986 475 Beschäftigten Tarifverträge bestanden, fielen darunter im Jahre 1922 bereits 890 237 Betriebe mit 14 261 106 Beschäftigten. Infolge der wirtschaftlichen Depressionsjahre in den nächsten Jahren die Zahlen der Beschäftigten, der Betriebe und der bestehenden Tarife zurück, so daß am 1. Januar 1927 7490 Tarifverträge für 807 300 Betriebe mit 10 970 120 Beschäftigten bestanden.

Die Abnahme der Zahl der Tarife ist jedoch hauptsächlich auf die zunehmende Ablösung der örtlichen Tarife durch Reichs- und Bezirksstarife zurückzuführen. Fest steht also, daß die Zahl der von Tarifen erfassten Betriebe gegenüber der Vorkriegszeit um mehr als das Fünffache und die Zahl der unter die Tarife fallenden Arbeiter und Angestellten um mehr als das Siebenfache gestiegen ist. Ein Vergleich der Zahl der am 1. Januar 1927 von Tarifverträgen erfassten Arbeiter und Angestellten mit der bei der Volks- und Berufszählung am 16. Juni 1925 ermittelten Zahl der Arbeiter und Angestellten kann nur mit Vorbehalt gezogen werden. Zwischen beiden Erhebungen liegt ein Zeitraum von 1 1/2 Jahren. Zur Zeit der Berufszählung waren bei den Arbeitern nachgewiesen nur rund 400 000 Arbeitslose eingetragen, während es am 1. Januar 1927 rund 2,4 Millionen waren, so daß man eigentlich diese Zahl von den bei der Berufszählung ermittelten Arbeitern und Angestellten in Abzug bringen muß. Wenn also von den auf Grund der Berufszählung ermittelten Arbeitern und Angestellten 61,3 Proz. als unter Tarif arbeitend angegeben werden, so müßte bei Berücksichtigung der eben gemachten Einschränkungen für den 1. Januar 1927 insgesamt

69 Proz. der Beschäftigten als unter Tarif arbeitend

angenommen werden. Die Gegenüberstellungen ergeben aber die interessante Tatsache, daß von den bei der Berufszählung ermittelten

Arbeitern 9,82 Millionen oder 64,7 Proz., von den Angestellten aber nur 1,65 Millionen oder 47,1 Proz. an den Tarifen beteiligt sind.

Am stärksten ist die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Tarifverträgen im Bergbau, in der Metall-, Textil-, Papier- und Chemieindustrie, mithin in den Industrien, wo der moderne Großbetrieb vorherrschend ist. Die Gliederung der Tarifverträge nach ihrem Geltungsbereich läßt erkennen, daß die Bezirksstarife überwiegen. Von sämtlichen am 1. Januar 1927 bestehenden Tarifverträgen waren 0,8 Proz. Firmentarife, 9,1 Proz. Reichstarife, 14,6 Proz. Ortsstarife und 75,5 Proz. Bezirksstarife. 3,6 Proz. aller am 1. Januar 1927 bestehenden Tarifverträge sind nach Streiks oder Ausperrungen und 14 Proz. auf Grund eines Schiedsspruchs zustande gekommen. Es ist anzunehmen, daß die übrigen Tarife also rund

82 Proz. in freier Vereinbarung

abgeschlossen worden sind.

In 93 Proz. dieser Tarifverträge ist die Arbeitszeit geregelt, und zwar haben 75,3 Proz. dieser Verträge die 48 stündige Arbeitszeit, 11,4 Proz. eine längere und 13,3 Proz. eine längere Arbeitszeit vor. Bei diesen Angaben wird aber auch schon in dem die Statistiken erläuternden Text die Einschränkung gemacht, daß dabei nicht die tariflich zulässigen Mehr- und Ueberarbeitsstunden berücksichtigt sind.

Mit den Angaben über die Entwicklung der Tariflöhne verhält es sich ähnlich wie mit denen über die Arbeitszeit. Es handelt sich zumeist um Mindestlöhne, die im allgemeinen nicht der tatsächlichen Lohnhöhe entsprechen. Die Lohnspanne zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern ist gegenüber 1913 zurückgegangen, was aber kein Beweis für die guten Löhne der ungelerten Arbeiter, sondern für ihre miserable Bezahlung in der Vorkriegszeit ist. Während der ungelernete Arbeiter im Jahre 1913 gleich 66,6 Proz. des Lohnes des Gelernten hatte, war dieser Prozentsatz bis Ende 1927 auf 74,9 gesunken.

Einen tariflichen Urlaubsanspruch hatten von den unter die Tarifverträge fallenden Arbeitern 93,1 Proz. und von den Angestellten 95,8 Proz. Von den Angestellten hatten 8,9 Proz. einen Urlaubsanspruch bis zu drei Tagen, 79,3 Proz. von 3 bis 6 Tagen und 11,8 Proz. von mehr als 6 Tagen. In 89,9 Proz. der Fälle betrug der Höchsturlaub mehr als 12 Arbeitstage, in 25,2 Proz. davon mehr als 18 Arbeitstage. Die Arbeiter sind in der Urlaubsfrage bedeutend schlechter gestellt. Für 64,5 Proz., also fast zwei Drittel betrug die Mindestdauer drei Tage und weniger. Die Höchstdauer betrug nur für 13,7 Proz. mehr als 12 Tage und dann nur in 2,1 Proz. der Fälle mehr als 18 Tage.

der SPD. zum System erhebt, Maßnahmen zu treffen haben. Wenn eine bankrotte Partei ihre bankrotte Politik auf Kosten der Arbeiter und deren Organisationen mit Terror aufzuhelfen versucht, dann hört die Toleranz auf.

SPD. gegen Textilarbeiterverband.

Die Arbeiter stehen zu ihrer Gewerkschaft.

Im Dürener und Mönchen-Gladbacher Textilbezirk sind die Vorarbeiten zur Wiederaufnahme der Arbeit bereits im Gange. Es ist damit zu rechnen, daß bis längstens Montag oder Dienstag die gesamte Textilarbeiterschaft des von der Lohnbewegung erfassten Gebietes ihre Tätigkeit wieder aufnimmt.

Die Parole der Kommunisten, die Annahme des Schiedsspruchs durch die Gewerkschaften zu durchbrechen und den Kampf wild weiterzuführen, findet bei der Textilarbeiterschaft kaum Beachtung. Bei dem begreiflich starken Unwillen der Textilarbeiterschaft über den unzulänglichen Schiedsspruch verdient ihre feste Haltung und ihre Disziplin besondere Anerkennung.

Die Kämpfe in der deutschen Textilindustrie und der große Textilkonflikt, der vor kurzem Polen heimgesucht hat, zeigen, wie notwendig die vom Internationalen Textilarbeiterkongress in Gent geforderte internationale Erhebung über die Löhne, die Arbeitszeit und den Gesundheitsstand der Textilarbeiter ist. Die Unternehmer wollen von einer derartigen Erhebung nichts wissen. Mit Ach und Krach hat sich der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes auf seiner Tagung in Warschau dazu aufgerafft, einen Ausschuh einzusetzen, der auf der nächsten Tagung über den „Bereich einer etwaigen Erhebung“ berichten soll.

Die Techniker bei den Behörden.

Fachgruppentag im Dutab.

Die Landesfachgruppe „Preussisches Katasterwesen“ des Dutab hatte aus Anlaß ihrer Gruppentagung zu einem Besprechungabend im „Deutschen Ingenieurhaus“ eingeladen. Mitglieder und Gäste waren zahlreich erschienen. Es hatten u. a. das Finanzministerium, die sozialdemokratische Landtagsfraktion, der Dutab Vertreter entsandt. Zahlreiche Telegramme von führenden Persönlichkeiten waren eingegangen, die zu der Tagung Erfolg wünschten.

Nachdem eine ganze Anzahl der Gäste ihre grundsätzliche Zustimmung zu den Bestrebungen der Fachgruppe und des Dutab ausgesprochen hatte, hielt der Genosse Häufeler vom AD. einen Vortrag über die Stellung des Technikers im öffentlichen Dienst. Er betonte, daß der Staat sich im Laufe der Jahrhunderte aus einem reinen Verwaltungsstaat in einen Wirtschaftsstaat gewandelt habe. Im 18. Jahrhundert waren bereits einmal Anlässe dazu vorhanden, die technische Praxis im Verwaltungswesen zur Geltung zu bringen. Allmählich aber wurden diese Bestrebun-

gen wieder unterdrückt und die Verwaltung des Staates wieder ganz in die Hände der juristisch Vorbildeten gegeben. Auch in unserem heutigen Staat ist dem Verwaltungstechniker noch nicht die ihm gebührende Stelle eingeräumt. Daran trägt einen großen Teil der Schuld die Zerstückelung im Organisationswesen der Verwaltungsbeamten. Es ist auf diesem Gebiete noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten.

Am Sonntag fanden sich die Delegierten zum Fachgruppentag zusammen, um die Richtlinien für die weiteren gewerkschaftlichen und berufspolitischen Arbeiten festzulegen. Im Anschluß an ein Referat über die Entwicklung der Personalverhältnisse in der Katasterverwaltung wurde eine Entschliessung angenommen, in der es nach Aufstellung bestimmter Forderungen u. a. heißt: „Der Landesfachgruppenrat ist einmütig der Auffassung, daß den katasterrechtlichen Beamten und Angestellten der Verwaltung das dauernd wachsende Maß von Arbeit und Verantwortung billigerweise nur dann zugemutet werden kann, wenn andererseits das Verständnis für die berechtigten Forderungen des katasterrechtlichen Berufsstandes bei der Staatsregierung und den Parteien des Landtags durch entsprechende Maßnahmen erkennbar wird.“

Ein weiteres Referat über die Tarifpolitik des Bundes fand seinen Niederschlag in folgender Entschliessung: „Der Landesfachgruppenrat erwartet, daß die preussische Staatsregierung die berechtigten und begründeten Vorschläge des Bundes der technischen Angestellten und Beamten zur Fortführung und Verbesserung des Tarifwertes unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der katasterrechtlichen Angestellten für die Zukunft Rechnung trägt.“ Zum Schluß beschloß sich die Delegierten noch mit organisatorischen Fragen.

Schiedsspruch für die Expeditionsangestellten.

Von den Angestellten einmütig abgelehnt.

Die Berliner Spediture haben es offenbar darauf angesetzt, einen offenen Konflikt herbeizuführen. Das haben sowohl die direkten Verhandlungen über die Forderung der Expeditionsangestellten nach einer 15prozentigen Gehaltserhöhung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen erwiesen als auch die Verhandlungen, die am Donnerstag vor dem Schlichter geführt wurden. Da sich Gewerkschaftsrat Körner als Vorsitzender des Schlichtungsausschusses in dem Tarifstreit für Bevorgun erklarte, zog der Schlichter den Streit an sich. Der Schlichter lehnte es aber ab, auch über den freiwilligen Manteltarif zu verhandeln, sondern verwies die Angelegenheit an den Schlichtungsausschuh zurück. Eine Verständigung mit den Unternehmern war natürlich nicht zu erzielen, so daß schließlich ein Schiedsspruch gefaßt wurde, der für die Expeditionsangestellten ab 1. Oktober eine Erhöhung der Gehälter um 2 Proz. und ab 1. April um weitere 2 Proz. vorsieht. Das neue Gehaltsabkommen soll bis Ende Dezember 1929 gelten. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 7. November.

Zu diesem Schiedsspruch nahmen Donnerstagsabend die Expeditionsangestellten in einer überfüllten Versammlung im „Palais des Zentrums“ Stellung. Die Berichte der Organisationsleiter über das Antifaschiale der Berliner Spediture und den modernen Schiedsspruch riefen bei den Versammelten helle Entrüstung hervor.

Dieser Schiedsspruch ist auch eine unmögliche Lösung des Gehaltskonflikts. Ein großer Teil der Angestellten würde, da er durch die „Erhöhung“ höhere Beiträge für die Sozialversicherung zahlen müßte, eine Gehaltsförmung hinnehmen müssen. Alle Diskussionsredner teilten die Auffassung der Organisationsleiter, daß erst nach den Verhandlungen über den Manteltarif ein endgültiger Beschluß gefaßt werden könne, brachten aber klar zum Ausdruck, daß die Expeditionsangestellten zum Kampf entschlossen sind. Die Abstimmung ergab die einstimmige Ablehnung des Schiedsspruches.

Am den Schiedsspruch für die Getränkeindustrie.

Wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt, ist am 11. Oktober für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Wein- und Likörfabriken ein Schiedsspruch gefaßt worden, der von der Arbeitererschaft vor allem deshalb abgelehnt wurde, weil er die Löhne bis zum 30. September 1930 festlegte.

Der Arbeitgeberverband der Getränkeindustrie und verm. Gewerbe von Groß-Berlin (E. V.) hat den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Schlichter hat die Parteien bereits zu Sonnabend, dem 27. Oktober, mittags 12 Uhr, zu Verhandlungen geladen.

Beilegung des Kladoer Bergarbeiterstreiks.

Prag, 26. Oktober. (Eigenbericht.) Am Freitag wurde durch Einigungsverhandlungen in Prag der Streik der Kladoer Bergarbeiter, der vier Wochen dauerte, beigelegt. Die Arbeiter erzielten einen schönen Erfolg. Die Schichtarbeiter sollen eine 30prozentige, die Uebertagarbeiter eine 30prozentige Lohnerhöhung erhalten; dem Bergarbeiter wurde ein Zuschlag zum Durchschnittslohn zugesichert. Ferner erhalten alle Gruben und Uebertagarbeiter eine einmalige Feuerungsbeihilfe.

Aufgehobene Sperre. Das Bierhaus Morixplatz ist durch Verkauf an den jetzigen Inhaber Wagner übergegangen. Diefes erkennt den Tarifvertrag, die Organisation, sowie den paritätischen Arbeitsnadeln an. Die Sperre wird somit aufgehoben. Gesperrt bleibt für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Cafangestellten das Café Morixplatz, Draniensstraße 59, Inhaber Ernst Schaubert, weil dort nach wie vor Tarifbruch begangen wird.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deuts. Sonnabend, folgende Veranstaltung: Schichtreis: Wochenendkursus in der Jugendherberge Albersdorf. Thema: „Gewerkschaftliche Politik und Straßkämpfe.“ Treffen um 10 Uhr Schlichter Bahnhof, Glasappel.

Verantwortlich: Hr. Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Ringelshaus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Gohren; Kultur: Dr. John Schifomoti; Politik und Sonstiges: Rolf Karst; Auswärtige: Ed. Glöde; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 5. Dierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

Eine Weltreise für alle Leser des „Vorwärts“ Täglich bis über 900 Anmeldungen

Wer möchte nicht erfahren, wie die weite Welt mit all den Wundern der Natur aussieht und wie die Menschen darauf leben. Aber zum Reisen gehört Zeit und Geld. Soll darum der Wunsch, die fremden Länder und Völker kennen zu lernen, für weite Kreise auf immer unerfüllbar bleiben? — Nein! Reisende und Künstler sind deshalb hinausgegangen, tief in die entlegensten Länder hinein, um uns in Wort und Bild von dem zu berichten, was schön und lebenswert ist. Sie werden mit uns

von Land zu Land, von Ort zu Ort reisen. Wir versprechen unseren Lesern genussreiche Stunden und wollen ihnen ein freundlicher, aufmerksamer Führer sein. Trete jeder mit uns getrost die Weltreise an und lerne durch unsere Zeitschrift „Durch alle Welt“ die Pracht der Natur, die Sitten und Gebräuche der verschiedenen Menschenrassen ohne Reisebeschwerden, teure Ausrüstungen und Reise-gelder kennen. — Zu einer Reise gehört aber auch eine allgemeine Orientierung über Länder, Städte,

Gebirge, Ströme, Seen, die besucht werden. Es erhalten daher alle Abonnenten in Lieferungen einen großen **Handatlas gratis!** Sobald Sie den angefügten Anmeldefchein ausgefüllt und eingesandt haben, wird die Reise angetreten.

Anmeldefchein für die Leser des „Vorwärts“
An die Expedition „Durch alle Welt“ Berlin-Schöneberg C 15
Ich abonniere hiermit „Durch alle Welt“ auf 1/2 Jahr, jede Woche ein Heft für 30 Pfg. freins Haus.
Name: _____
Ort und Straße: _____

Agrarfrisis wird überwunden.

Zum Jahresbericht der Preußentasse. — Die Erfolge der preußischen Agrarpolitik.

In der interessierten deutschen Öffentlichkeit dürfte seit Jahren kein Ereignis mit solcher Spannung erwartet worden sein, wie die vorliegende Veröffentlichung des Geschäftsberichts der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Und das aus zwei Gründen: Einmal die kritische Lage der deutschen Landwirtschaft, nachdem der Wiederaufbau der Industrie im großen und ganzen gelungen war, und zum anderen mußte sich bei der Berichterstattung der Preußischen Genossenschaftskasse herausstellen, ob der vollständige Wandel in der inneren deutschen Agrarpolitik am Ende vorigen Jahres, der von den schärfsten Auseinandersetzungen zwischen den reaktionären und fortschrittlichen Lagern begleitet war, zu Erfolgen geführt hat oder nicht. Ausnahmsweise ist es zu begrüßen, denn die Verschiebung erfolgte bewußt zur Herausforderung des öffentlichen Urteils über die erzielten Fortschritte, daß die Preußentasse die Veröffentlichung des Jahresberichts für 1927 solange verzögerte, bis die Auswirkung der neuen Politik auch erkennbar war.

Sein Programm hat Dr. Klepper.

Im Januar dieses Jahres von der preußischen Staatsregierung an die Stelle von Dr. Semper, dem früheren Leiter der Preußentasse, berufen wurde, vor der Presse im Februar 1928 und in der Begründung zum Reformgesetz der Preußentasse entwickelt. Die wesentlichen Punkte des Programms waren die Beendigung der überhöhten Kreditinflation mit fester Mark in der Landwirtschaft, die Unterbindung und Abgrenzung der landwirtschaftlichen Krisen, die Heilung der Landwirtschaft von der Finanzkrisis durch innere und individuelle Umschuldung, die individuelle Behandlung der Kreditrisiken durch Wirtschaftsberatung und Betriebskontrolle, die Beweglichmachung und Erhöhung der Aktionsfähigkeit der Preußentasse durch kaufmännische Organisation und Kapitalstärkung und endlich die Wiederbeweglichmachung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Richtung auf den „besseren Markt“, mit der programmatisch angelegten der erforderlichen finanziellen Vereinigung und der Schwäche des Gütermarktes die Schaffung einer Aufnahmehilfsorganisation verbunden sein mußte.

Die im Laufe des Sommers durchgeführte Notprogrammaktion des Reiches war für dieses Programm des Leiters der Preußentasse, das zugleich das Programm der preußischen Regierung war, nicht von entscheidender Bedeutung, aber es konnte ein organischer Bestandteil der neuen Agrarpolitik werden, weil durch die programmatische Übereinstimmung zwischen Preußen und der Reichsregierung die Preußentasse sowohl die Form als auch die Materie der Durchführung standen, die der Durchführung des Notprogramms des Reiches eine zweckvolle Richtung weisen konnten.

Für die Rechtfertigung der neuen preußischen Agrarpolitik

ist der Jahresbericht der Preußentasse für das Jahr 1927 und für die Zeit bis September 1928 ein Dokument geworden, das in der deutschen Agrargeschichte historische Bedeutung behalten wird. Der Bericht selbst ist voll und ganz — in der Argumentation wie mit Zahlen, in der Uebersichtlichkeit und Reuegestaltung der Darlegung, in der Vermischung theoretischer Bekenntnisse und hoffnungsvoller Wünsche — Ausdruck des neuen Systems. Der Bericht hat höchste Aktualität, weil er bis Ende September 1928 für die Öffentlichkeit Geschäftsdaten fortgesetzt worden ist. Lassen wir aus dem Bericht die wichtigsten Zahlen sprechen.

	Eingeräumte Kredite		In Anspruch gen. Kredite	
	Ende 1927	30. 9. 1928	Ende 1927	30. 9. 1928
Ländl. Genossensch.				
östl. der Elbe	289,7	297,5	354,7	324,9
westl. der Elbe	419,3	457,9	486,0	429,6
Landwirtsch. Genoss.	74,0	94,8	68,5	54,7
Personalkontog.	21,6	21,6	1,7	0,7
sonst. u. Sparf.	50,9	37,1	17,7	14,5
Sonstige Kunden	15,5	18,4	12,9	14,1
	871,0	907,3	941,5	838,5

Das alte und das neue System.

Das wichtigste an dem Bericht ist naturgemäß die Entwicklung der Kreditanspruchnahme durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, wie sie sich Ende 1927, zur Zeit der Liquidierung des alten Systems der landwirtschaftlichen Kreditinflation, und Ende September 1928, nach neun Monaten des neuen Systems, herausstellt. Die aus diesem Zahlenwert sich ergebenden Schlüsse sind außerordentlich eindrucksvoll:

Von Anfang 1928 bis Ende September ist das gesamte Kreditgeschäft der Preußentasse um 103 Millionen Mark gesunken. Davon kommt auf den Monat September 1928 allein noch eine Senkung um 36 Millionen Mark. Die Kreditanspruchnahme durch landwirtschaftliche Genossenschaften ist um 86 Millionen Mark zurückgegangen. Dabei brauchten die Krediträumungen insgesamt nicht verringert zu werden, sondern sogar um 36 Millionen auf 907,3 Millionen Mark erhöht zu werden. Während Ende 1927 die Inanspruchnahme der Kredite durch Kreditgewährungen insgesamt noch um 70 Millionen Mark überstieg, blieb die Inanspruchnahme Ende August um 36 Millionen unter der Krediträumung zurück. Am 30. September 1928 waren die Krediträumungen für die ländlichen Genossenschaften 11 Millionen Mark nicht ausgenutzt, während sie Ende 1927 noch um rund 130 Millionen überzogen waren. Während die Inanspruchnahme in den ersten acht Monaten 1928 um 103 Millionen Mark zurückging, hatten die ersten acht Monate 1927 eine Zunahme um 192 Millionen Mark aufgewiesen. Die Heranziehung von Reichsbankgeldern zur Kreditgewährung — durch Reichsbankkontierung landwirtschaftlicher Wechsel — die Ende 1927 noch 42 Proz. aller Kreditgewährungen ausmachte, ist bis Ende August auf 24 Proz. gesunken. Während im Jahre 1927 die Einlagen bei der Preußentasse überwiegend zurückgegangen waren, ist in den ersten acht Monaten 1928 — der Rückgang von 1927 wurde allerdings nicht voll aufgehoben — der Einlagenbestand um 25 Proz. gestiegen. In diesen Zahlen sprechen wichtige Tatsachen für die Richtigkeit der Absichten und des Programmwechsels in

der inneren deutschen Agrarpolitik. Es ist kaum denkbar, daß der Beweis für diese Richtigkeit in kürzerer Zeit und schlagkräftiger hätte geführt werden können.

Konsumvereine helfen der Landwirtschaft.

Hier sei eine Bemerkung angebracht, die die Öffentlichkeit und die auch die Bauern beachten sollen. Wir finden in meiner Tabelle Krediträumungen für die Konsumgenossenschaften im Betrage von 21,6 Millionen Mark, tatsächlich von diesen in Anspruch genommene Kredite Ende 1927 aber nur im Betrage von 1,7 Millionen und Ende September 1928 sogar nur im Betrage von 0,7 Millionen Mark. Selbstverständlich kam die Differenz der Kreditgewährung der Landwirtschaft zugute, eine bei der Preußentasse schon immer vorhandene, von der Öffentlichkeit und den Bauern bisher aber kaum beachtete Tatsache.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist eine Zweckrechnung, angepaßt der Tatsache, daß es bei dem Zentralinstitut der landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Zeit, wo die Agrarfrisis zu lösen ist, nicht auf den Ausweis hoher Gewinne, sondern auf die innere Stärkung des Zentralinstituts ankommt. Da der Umsatz der Preußentasse im Jahre 1927 auf 83,3 Milliarden gegenüber 74,8 Milliarden im Vorjahr gestiegen ist, muß der Rückgang der Einnahmen auch bei Berücksichtigung höherer Zinsaufwandes von 13,54 Millionen auf 9,64 Millionen — die hauptsächlichlichen Zinsgewinne erscheinen von 12,14 Millionen auf 8,28 Millionen verringert — als Abwärts gewertet werden. Offenbar sind beträchtliche stille Reserven vorweg von den Einnahmen abgezogen. Die Geschäftskosten sind mit 4,87 Millionen gegen 4,75 Millionen nicht wesentlich erhöht. Die offenen Rückstellungen aus dem Gewinn sind mit 3 Millionen offenen Reserven und 1,32 Millionen Pensionsfondsstärkung um eine halbe Million größer als im Vorjahr. Der so verringerte Reingewinn von 0,27 Millionen gegen 4,84 Millionen im Jahre 1926 wird auf das neue Geschäftsjahr vorgetragen.

Was will die Preußentasse weiter?

Präsident Dr. Klepper hat den Jahresbericht in einer stark diskutierten Pressekonferenz durch geschäfts- und agrarpolitische Erklärungen ergänzt. Die schon früher festgestellte Tatsache sei erörtert worden, daß in beträchtlichen Teilen Pommerns, Westpreußens, Ostpreußens, Schlesiens und Brandenburgs zweifellos eine große Zahl von Betrieben, in der Hauptsache Großbetriebe, in kaum sanierungsfähiger Verfassung sind. Wenn hier die Kreditrisiken von den ländlichen Genossenschaften aufgegeben werden sollten, so müßten die drohenden Verluste bis zur Preußentasse durchschlagen. Soweit die Abwendung der Risiken im Einzelbetrieb möglich sei, ist sie ein Problem der Rationalisierung des Genossenschaftswesens, wobei die Preußentasse die Schaffung und die Zusammenarbeit mit einer genossenschaftlichen Einheitsorganisation grundsätzlich bevorzugt.

Zweckmäßigkeitsgründe, die eine schnelle Abwendung der Verluste bei den Zentralstellen und die Beseitigung der fassenden Kosten im Genossenschaftswesen, nicht die allmähliche Entschuldung aus Ueberhöhten und die allmähliche „Abrentung“ der Verluste, müßten bei der Verwendung des 25-Millionen-Fonds für die Rationalisierung der Genossenschaften entscheiden. Ohne daß das Haftunsystem der Bauern allgemein fallen lassen darf, muß unter Vermeidung jeder bilateralen Behandlung die Selbsthilfe bei der Rationalisierung der Genossenschaften auch finanziell stark in Erscheinung treten. Nur unter diesen Umständen können Reich, Preußen, Preußentasse und Rentenkreditanstalt auch finanzielle Opfer zur Sanierung des Genossenschaftswesens bringen. Die Schaffung einer privatwirtschaftlich funktionierenden Aufnahmehilfsorganisation für den landwirtschaftlichen Gütermarkt sei eine dringende Notwendigkeit.

Für die zukünftige Geschäftspolitik der Preußentasse traf Dr. Klepper folgende Festlegungen. Wichtiger als die Umschuldung von oben und außen sei die individuelle Umschuldung dort, wo die Risiken liegen. Die Erweiterung der vom Reich vorgesehenen Umschuldung durch die von Preußen vorgeschlagene innere Umschuldung. Die zukünftige Finanzierung des genossenschaftlichen Geschäfts müsse die Verfestigung des Personalkontogsystems durch systematische Bevorschussung der Ernte unter Ausbau des Lagercheinsystems und die Schaffung einer rationalen Abfahrtsorganisation zur Voraussetzung haben. Beiden Zwecken sei auch die Scheuertransaktion gewidmet. Dr. Klepper konnte dabei auf den tags vorher erfolgten

Beschluß der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

Hamburg hinweisen, sich an der Scheuertransaktion zu beteiligen. Drittens müsse eine Normalisierung auch der Zinsbedingungen in der Zukunft ins Auge gefaßt werden, nachdem verbilligte Darlehen je länger desto weniger zur Verfügung stünden und der Gelderzufluß aus echten Darlehen und Einlagen auf das empfindlichste gehemmt würde, wenn in den Zinsbedingungen nicht die Möglichkeit zu ausreichender Zinsgewährung gegeben sei. Das vierte ist der weitere Ausbau der individuellen Betriebskontrolle und Wirtschaftsberatung, deren bisherige Auswirkung ein hundertprozentiger Erfolg sei. Der anfängliche Widerstand bei den Genossenschaften und auf dem Lande sei jetzt der bereitwilligen Unterstützung der Kontroll- und Beratungsarbeiten gewichen.

Schlußfolgerungen.

Die öffentliche Meinung Deutschlands wird sich dem starken Eindruck, den die von der Preußentasse veröffentlichten Zahlen hervorrufen müssen, nicht entziehen können. Sie wird in den weiteren Ausführungen des Präsidenten der Preußentasse, nachdem die zahlenmäßige Beweisführung vorausgeschickt ist, nicht leere Versprechungen erblicken dürfen, sondern einen zielbewußten, des Erfolges weitgehend sicheren Willen. Als vor dreieinhalb Jahren von der Preußischen Staatsregierung entschlossen der Personenwechsel in der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse durchgeführt wurde, als

später die Reorganisationsabsichten Dr. Kleppers bekannt gegeben wurden, da schrie die gesamte großagrarisches Reaktion über die „Politikalisierung der Preußentasse“ und rief dazu auf, den „Beauftragten des Marxismus“ — als solchen erklärte man den neuen Präsidenten der Preußentasse — die Befolgung zu verweigern. Ohne daß Dr. Klepper Vorwurfsbeeren zu geben sind, ohne daß die Agrarfrisis heute schon überwunden zu sein braucht — wenn so die Politikalisierung der Preußentasse und die Arbeit des Marxismus aussehen, dann muß sich die deutsche Landwirtschaft zur „politisierten“ Preußentasse und zum preußischen „Marxismus“ gratulieren. Was bisher erreicht worden ist, ist gewiß nur ein Anfang. Dieser Anfang aber verspricht die Rettung der deutschen Landwirtschaft, die es nach diesem Anfang nie bedauern wird, daß er zugleich das Ende der großagrarisches Vorkherrschaft in der deutschen Landwirtschaft bedeutet.

10 Millionen Arbeiterbank-Kapital.

Ein zweiter Direktor gewählt. — Eine Aktion zum Weltspargtag.

Der Aufsichtsrat der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, hat die Erhöhung des Aktienkapitals der Arbeiterbank von 4 auf 10 Millionen Mark beschlossen und damit das Kapital der Bank in Übereinstimmung mit der starken Ausdehnung der Bankgeschäfte gebracht. Gleichzeitig wurde an Stelle des im Mai ausgeschiedenen Direktors Bern Meyer der bisherige Direktor der Vereinsbank Frankfurt, Dr. Fritz Davidsohn, in den Vorstand gewählt.

Die Arbeiterbank hat den Weltspargtag zum Anlaß genommen, um rund 650 Berliner Volksschulen Spargbüchlein mit einem Betrag von 5 M. zur Verfügung zu stellen. Die Büchlein sollen an Schüler bzw. Schülerinnen verteilt werden, die nach Ermessen der Schulleitung für diese Gabe besonders in Frage kommen. Der Betrag der Spargbüchlein ist bis zum 18. Lebensjahr des Inhabers gesperrt. Auch in anderen Städten, in denen die Arbeiterbank Filialen unterhält, z. B. in Bremen, Frankfurt a. M., Dresden, sind ähnliche Aktionen durchgeführt worden.

Bremer Lloyd erhöht wieder sein Kapital

Um 36 auf 165 Millionen. — Was tut die Hapag?

Die Gerüchte über eine Kapitalerhöhung des Norddeutschen Lloyd in Bremen, die im Zusammenhang mit der Reise des Generaldirektors Stimming nach Amerika auftauchte, werden jetzt vom Lloyd bestätigt.

Nach der Verwaltungserklärung wird der Vorstand einer am 14. November einzuberufenden Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 35 Millionen Mark Stammaktien und 1,1 Millionen Mark Vorzugsaktien vorschlagen. Das Gesamtkapital des Norddeutschen Lloyd würde damit 165 Millionen Mark betragen. Die zunächst überzählende Erhöhung des Aktienkapitals wird von der Lloyd-Verwaltung mit einer weiteren Durchführung des Bauprogramms begründet, da sich die Gesellschaft entschlossen hat, im Laufe des Jahres sechs weitere moderne Dampfer in Auftrag zu geben. Die Verwaltung glaubt, die hierfür erforderlichen Mittel schon jetzt durch die Kapitalerhöhung sicherstellen zu müssen.

Der Norddeutsche Lloyd wartet also nicht den Millionenfragen ab, der aus den Freigabegeldern für seine in Amerika beschlagnahmten Schiffe ihm zufließen soll, sondern hat durch sein gesamtes Neubauprogramm seine Mittel so angepaßt, daß er zur reibungslosen weiteren Durchführung schon jetzt erhebliche neue Kapitalien braucht. Aus dem Erlös der Amerikaanleihe von 1927 und aus laufenden Betriebsergebnissen wird der Norddeutsche Lloyd etwa 90 Millionen für die Finanzierung seiner Neubauten aufgebracht haben, die insgesamt 150 Millionen erfordern, so daß etwa noch 60 Millionen zu bedenken sind.

Ob die Interessengemeinschaftsverhandlungen mit der Hapag (Hamburg-Amerika-Linie) durch diese Kapitalerhöhung der Bremer Gesellschaft berührt werden, ist abzumachen. Jedenfalls ist der Konkurrenzkampf der beiden Reedereireisen wieder in eine neue Phase eingetreten.

Ein Automobilbau-Forschungsinstitut. Der Gedanke der technischen Zusammenarbeit gewinnt in der deutschen Automobilindustrie an Boden. Jetzt ist beim Reichsverband der Automobilindustrie ein Forschungsinstitut für Kraftfahrzeugwesen gegründet worden, dem außer wissenschaftlichen Laboratorien auch eine Versuchsanstalt und Versuchsbahn angegliedert werden sollen. Die laufenden Untkosten werden durch Umlagen der Mitglieder aufgebracht. Da die Normung im Automobilbau bisher noch keine wesentlichen Fortschritte gemacht hat, wird das Forschungsinstitut seine Haupttätigkeit auf dieses Gebiet verlegen.

Internationale Automobilausstellung in Berlin. In der Zeit vom 8. bis 18. November findet in Berlin die Internationale Automobil- und Motorradausstellung statt. Die Ausstellung wird von ungefähr 600 Ausstellern besucht sein und eine Fläche von 22.500 Quadratmetern umfassen. Für die Ausstellung von Personentraktoren sind 24 deutsche und 38 ausländische Firmen gemeldet. Kraftwagen werden dagegen nur 9 ausländische Firmen und 25 deutsche Firmen ausstellen. Die Ausstellung der Krafttrüber verteilt sich auf 34 deutsche und 13 ausländische Firmen.

Der Preiswucher am Kupfermarkt. Die Kupferpreise, die im Laufe des Jahres vom Internationalen Kupferkartell schon mehrmals herausgeschraubt wurden, sind jetzt erneut von 13,5 auf 15,75 Cent per Pfund erhöht worden. Da in Verbraucherkreisen die Ansicht vorherrscht, daß diese Preiserhöhung des Kartells noch nicht die letzte sein wird, haben sie starke Deckungskäufe vorgenommen. Die europäische Verbraucherschaft, die sich hauptsächlich aus der verarbeitenden Industrie zusammensetzt, läßt sich durch einen Zusammenschluß Gegenmaßnahmen gegen den unerbittlichen Preiswucher des internationalen Kupferkartells zu treffen.

Die Steuerfeinde von Kyriz.

Der ewig lächelnde Major.

Im weiteren Verlauf des Kyriz-Prozesses fragte der Verteidiger Rechtsanwalt Bloch den Zeugen Oberwachmeister Preuher: Hatten Sie nicht selbst den Eindruck, es wäre ein Unglück gewesen, wenn die Schutzpolizei sich gezeigt hätte? — Zeuge: Ob man sich bei Demonstrationen zeigt oder nicht, kommt ganz auf den dienstlichen Befehl an. — R. A. Bloch: Aber Sie selbst hatten doch wohl das Empfinden, daß in diesem Falle

die Vernehmung der Schuppe

aufreizend wirken mußte? — Zeuge Oberwachmeister Preuher: Herr Rechtsanwalt, ich habe die Zeitungen gelesen und verstanden gut, worauf Sie hinaus wollen. Deshalb will ich Ihnen eine kurze Erklärung geben: Wir üben den Schutz als staatliche Polizei aus. Wir vertreten doch auch in diesem Falle die Sicherheit des Staates und da ist es doch sehr traurig, daß sich Rastgenossen und besonders solche, die sich Führer nennen, zu Taten hinreißen lassen durch den Anblick einer Uniform, die ihnen vielleicht gerade zu ihrer augenblicklichen politischen Einstellung nicht paßt. Hätten die Führer sich auf den Standpunkt gestellt: Diese Beamten sind auch nur hier, um ihre Pflicht zu tun, sie sind ja für den Staat, für uns alle da, und wir wollen auch gute Staatsbürger sein, so wäre es zu dieser Erregung niemals gekommen. Wenn man aber gleich sagt: Die Schuppe muß verschwinden, und wenn diese Einstellung auch noch von den Führern unterstützt wird, dann ist es kein Wunder, wenn es zu solchen Ausschreitungen gekommen ist. Ein Wunder ist es nur, daß unsere Beamten noch eine solche Disziplin bewahrt haben. — R. A. Bloch: Herr Zeuge, Sie übersehen, daß ich nicht der Angeklagte, sondern der Verteidiger bin. Nach Auffassung der Angeklagten ist es besonders den Führern des Landbundes zu verdanken und der Disziplin der Demonstranten, daß nicht größeres Unheil angerichtet worden ist.

Die Vernehmung der übrigen Polizeibeamten ergab stets das gleiche Bild. Das veranlaßte Rechtsanwalt Bloch zu folgender Äußerung: Es fällt mir auf, daß die Aussagen der Beamten in diesen Punkten wörtlich mit der Anklageschrift übereinstimmen. Herr Leutnant Voed haben Sie nicht vor Ihrer Vernehmung eine Anklageschrift bekommen? — Leutnant Voed: Ich habe sie nur flüchtig eingesehen. — R. A. Bloch: Und wer hat sie Ihnen vorgelesen? — Leutnant Voed: Der Sachverständige der Schutzpolizei. Im übrigen ist es ja gar kein Wunder, wenn gewisse Redewendungen sich wiederholen, denn die Anklageschrift enthält teilweise ja wörtlich meinen Bericht. — Oberstaatsanwalt: Soll hier behauptet werden, daß der Leutnant seine Beamten vor der Vernehmung instruiert habe? — Voed: Von instruieren kann gar keine Rede sein. Ich habe meinen Beamten nur gesagt, daß sie unter ihrem Eid auszusagen müßten, was sie wissen. Im übrigen habe ich ihnen das Zeitungsmaterial der verschiedenen Richtungen gegeben.

Ein Zwischenfall.

Zu einem Zwischenfall kam es, als der Landwirt Leppin aus Bredbin vernommen wurde, der an einer Vertrauensmännerkonferenz teilgenommen habe, in der nach seiner Darstellung Major Cordes gesagt habe, es müsse bei der Demonstration

alles unbedingt ruhig und friedlich zugehen. Keiner der Demonstranten dürfe in Kyriz ein Glas Bier trinken. Wenn jemand es vor Dürst nicht aushalten könne, solle er sehen, daß er die zum nächsten Dorf komme. Stöße dürften diesmal mitgenommen werden. „Ich kann mich nicht entsinnen“, so erklärte der Zeuge, „daß Cordes gesagt haben soll, vor dem Landratsamt müsse noch alles ruhig sein, was vor dem Finanzamt geschehe, sei eine andere Sache.“ — Verteidiger: In der Voruntersuchung haben Sie in diesen Punkten persönliche Aussagen gemacht. — Zeuge Leppin: Ja, weil mir der Untersuchungsrichter erklärt hat, der Gegenzeuge, Landjäger Schelle, behauptete das Gegenteil, der sei Beamter und dem werde mehr geglaubt. Ich sollte mich also nicht meinelbig machen. (Anhaltende Abs-Rufe aus der Anklagebank.)

Die Verteidigung beantragte sofort die Protokollierung dieser Zeugenaussage, worauf Leppin seine Befundungen etwas abschwächte und erklärte, der Untersuchungsrichter habe nur gemeint, die Aussagen der Beamten werde mehr bemerkt werden. Sofort im Anschluß daran wurde Landjägermeister a. D. Schelle vernommen, der nun auslegte, er habe in Bredbin eine Landbundesversammlung überwacht. In dieser Versammlung habe Leppin erzählt, es sei in einer Konferenz unter Leitung von Major Cordes betont worden, auf dem Markt und vor dem Landratsamt sollte sich alles ruhig verhalten,

aber was vor dem Finanzamt passiere, da sollte jeder selbst zusehen.

Vors.: Zeuge Leppin, was lagen Sie dazu? — Zeuge Leppin: Ich kann mich nicht sicher entsinnen, diese Worte gebraucht zu haben. — Zeuge Schelle: Ich habe das deutlich gehört und habe es mir auch ausdrücklich gemerkt. Außerdem war in dieser Versammlung eine Liste ausgearbeitet worden für diejenigen, die die Zahlung der Steuern verweigern wollen. In diese Liste haben sich 37 Personen eingetragen. — Zeuge Leppin: Das ist richtig, diese Listen sollten an den Landrat weitergegeben werden.

Die Vernehmung der Zeugen Schelle und Leppin wurde bis zur Vernehmung des Untersuchungsrichters ausgesetzt. Dann wurden zwei Reichsbannermitglieder als Zeugen gehört, der Arbeiter Nedamzit und der Schmied Freund, beide aus Kyriz. Sie gaben an, daß sie aus Kyriz bei der Landbundesdemonstration gefügt seien und die Vorfälle am Finanzamt aus einiger Entfernung beobachtet hätten. Sie hätten gesehen, wie

Major Cordes bei jedem Steinwurf gelächelt

habe, als wenn er darüber zufrieden sei. Nedamzit befandete aber auch, daß Cordes mit dem Taschentuch gewinkt habe, um die Menge zum Abzug zu bewegen. Die beiden Zeugen wurden gegen den Widerspruch der Verteidigung verurteilt. Die Befundung, daß Major Cordes wiederholt gelächelt habe, wurde auch noch von einem Landjäger bestätigt, worauf die Verteidiger darauf hinwiesen, daß Major Cordes an und für sich ein Gelächel habe, das so aussehe, als wenn er lächle. Nachdem noch die beiden Steuerbeamten Reger und Felsner ausgefragt hatten, sie hätten beobachtet, wie einer der Demonstranten aus seinem Mantel einen Stein herausnahm und ihn seinem Nebenmann gab, der damit noch den Fenstern warf, wurde die Verhandlung vorzeitig um 1/2 Uhr nachmittags auf Sonnabend früh vertagt, da der Tanzlokal abends für eine Theateraufführung benötigt wird.

für Menschenrechte eine Gedächtnisfeier veranstalten, zu der sie das Reichslahndienst und die Spitzen der Behörden eingeladen hat. Im Rahmen dieser Gedächtnisfeier, die voraussichtlich im „Kapitol“ stattfinden wird, soll ein bisher in Deutschland noch nicht gezeigter Frikensfilm aufgeführt werden.

Winterflugplan der Luft-Hansa.

Am Montag, dem 18. Oktober, wurden im Bereiche des Streckennetzes der Deutschen Luft-Hansa und der Rehrzahl der befreundeten ausländischen Luftverkehrsgeellschaften der Übergang vom Sommer zum Winterflugdienst vollzogen. Mit Rücksicht darauf, daß nicht alle Tage im Winter gleich kurz oder lang sind, wurde bei der Aufstellung des Winterflugplanes eine Teilung in Rand- und

Funkwinkel.

Paul Schmidt beginnt sein Schubert-Konzert am Nachmittag verheißungsvoll mit dem Lied „Im Abendrot“. Der Tenor ist groß und klangreich, trägt bedächtigen Charakter, aber er sitzt nicht richtig. Er wird gepreßt und kann sich nicht frei entfalten. Die Stimme klingt bereits bei den nächsten Liedern angestrengt. Das ist schade, da Tendenz mit dieser Färbung selten sind, da auch Schmidt musikalisch und ausdrucksvoll singt. Lily Wedekind liest abends „Aus dem Nachlaß ihres Mannes“. Vorher eine im Verhältnis zur ganzen Veranstaltung sehr lange Introduction über Frau Wedekind von Arthur Rahane gemühtlich dahingepauert. Wie oft ist eigentlich hier schon im Rundfunk anfänglich mancher Sendung über diesen Dichter gesprochen worden? Bei Rahane, der außerordentlich geschickt das Thema zu variieren und zu umspielen versteht, der sich über seinen Geistesreichtum unheimlich freut, liegt der Fall vor: Er spricht für die Wissenschaft, die Eingeweihten und sagt ihnen absolut nichts Neues. Dagegen fragt sich ein Hörer, der vielleicht von Wedekind nicht viel mehr als den Namen kennt, welchem Zweck soll eigentlich diese läppisch reformis Rede dienen. Einige der Dichtungen sind sehr ernst gehalten, von großer Einfachheit, andere nähern sich den geistreichen Chansons, Hymnen auf das Leben, Spuren eines unheilbaren Rakengeschwulstes und hin und wieder Anklänge an den Salazar-Prolog „Schlagt vor Luft und Leib auch in des Gouffiers Brust ein Herz“. Ueber allem ein Hauch von Müdigkeit, nicht mehr das sprühende Leben der früheren Zeit, und Lily Wedekind ist noch immer keine begnadete Vortragskünstlerin geworden. Darauf Übertragung eines Sinfonie-Konzerts aus Warschau. Es bietet polnische Kompositionen jüngsten Datums, die sich niemals, wie die westeuropäischen, entschieden von der Melodie lösen. Die Übertragung verläuft ohne Störung. Man hört ein, besonders in den Streichern ausgezeichnetes Orchester und lernt in Irene Dubiska eine Künstlerin kennen, die auf der Violine breite schmelzende Kantilenen meistert. Der größte Vorzug dieses internationalen Programms auswärtiges liegt darin, daß der Berliner Hörer auch einmal Kompositionen kennenlernt, die in Deutschland sonst selten oder nie gespielt werden, und die damit Durchschlüß in die Gleichförmigkeit der russischen Programmur hineintragen. F. S.

Autos auf der Landstraße.

Zwei Freisprüche.

Zwei Gerichtsverhandlungen, die sich nur kurzam in Jassen abspielten, zeigen, daß Vorschriften, die zum Schutze des Publikums erlassen sind, nicht genügend beachtet werden und daß die strafende Justiz im Fall ihres Einschreitens leicht dazu kommen kann, den Unrichtigen zu lassen.

Eine Innenarchitektin hatte ein Auto gekauft und dabei die Bedingung gestellt, daß man ihr das Fahren kostenfrei beibringen müsse. Die Firma hatte keinen geprüften Fahrmeister, auch keinen Behrswagen, das heißt solchen, der dem Fahrmeister eine Einweisung auf den Wagen gestattet, sondern sie ließ die Dame mit einem Angestellten fahren, der, wie er sich später als Zeuge ausdrückte, der Dame die „besondere Eigenart des amerikanischen Wagens“ erklären sollte. Als die beiden einmal nach Dresden fuhren, stieß der von der Dame gesteuerte Wagen mit einigen Motorradfahrern zusammen. Die Anklage wurde gegen die Dame erhoben; der Richter sprach sie jedoch frei, da sie wohl der Ansicht sein konnte, daß sie in dem Angestellten einen Fahrmeister bei sich hätte. Die eigentliche Schuld trifft eben doch die Verkaufsfirma, die die Speisen für die Ausbildung wenigstens teilweise sparen wollte.

Der zweite Fall liegt ähnlich: Der Benzin-Benzol-Transport- und Lager-Gesellschaft ist unter dem 19. November 1927 und dann wieder unter dem 2. Juli 1928 gestattet worden, zwei Anhängerwagen und einen Kraftwagen zu einem Tanklastzug zusammenzustellen und diesen auf die Chausseen des Kreises Lettow fahren zu lassen. Da der Firma erstere Erlaubnis aus gewissen (nicht näher erörterten) Gründen wieder entzogen wurde, der Tanklastzug aber doch wieder und wieder erschien, wurde Anzeige erstattet. Die Anklage richtete sich nun gegen den Kraftwagenführer, der aber zu seiner Entlastung zwei Dokumente vorwies, das eine allerdings nur in beglaubigter Abschrift, die jense erwähnte Erlaubniserteilung bestätigten. Der Amtsanwalt verlangte Verurteilung, um die Geschäftsführung darüber zu betragen, wann die erste Verurteilung widerrufen sei. Der Richter lehnte die Verurteilung ab, da er wohl annahm, daß die Firma den Tanklastzug laufen ließ, ohne dem Kraftwagenführer die Zustimmung der Verurteilung mitzuteilen. Amtsanwalt wie Richter kamen zur Freisprechung des Wagenführers, da er des Glaubens sein konnte, daß die Firma berechtigt sei, den Tanklastzug laufen zu lassen.

Die Rolle der Firma liegt hier klar zu Tage, und wenn das Gesetz vorschreibt, daß der Kraftwagenführer allein verantwortlich zu machen ist, so muß dieses Gesetz geändert werden. Wenn jetzt die Angelegenheit durch gerichtliche Vorgehen gegen die Geschäftsführung der Firma auf den richtigen Weg gebracht werden sollte, so dürfte sich vielleicht ergeben, daß Verjährung für das Vergehen vorliegt. Der Freispruch des Kraftwagenführers war selbstverständlich; kein Mensch wird annehmen, daß er aus eigenem die Fahrten unternommen hat. Aber mit Recht fragte der Mann, wie er dazu käme, die 1,40 Mark Fahrgehalt für das Erscheinen zu der Verhandlung zu zahlen?

Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges. Anlässlich der zehnjährigen Wiederkehr des 11. November 1918 wird die Deutsche Liga

Hochwinter vorgenommen. Dant dieser organisatorischen Maßnahme ist es möglich, auch diejenigen internationalen Sireden, die nicht im Nachhinein betriebe werden, während der Zeit vom 15. Oktober bis 3. November und vom 4. Februar 1929 bis zum Beginn des Sommerluftverkehrs (Hochwinter) an einem Tage durchgeführt zu bestiegen, während nur im Hochwinter, d. h. vom 4. November bis 3. Februar 1929 einige dieser Verbindungen in zwei Stoppen bestiegen werden müssen. Im kommenden Winter werden sich erstmalig die großen Vorteile für den internationalen Durchgangsverkehr durch die für Nachflüge eingerichtete Strecke Berlin-Hannover zeigen. Denn während z. B. im vergangenen Hochwinter die Flüge zwischen Berlin und Paris bzw. London mit Übernachtung in Köln bzw. Amsterdam durchgeführt werden konnten, ermöglicht diese im Sommer 1928 erstmalig in Berlin genommene Nachflüge nunmehr den ganzen Winter über die Durchführung des wichtigen Verkehrs zwischen Berlin und den europäischen Hauptstädten an einem Tage. Züher den genannten beiden Hauptorten werden auch andere wichtige Städte z. B. Kopenhagen — Hamburg — Amsterdam, Berlin — München, Hamburg — Stuttgart sowie Berlin — Breslau — Giechwitz und Berlin — Danzig — Königsberg während des ganzen Winters bestiegen. Die letztgenannte Linie ist ebenfalls für den Nachflügeverkehr eingerichtet. Die tägliche Leistung der deutschen Flugzeuge beträgt während des Hochwinters etwa 7000 bis 8000 Kilometer und im Hochwinter annähernd das Doppelte, also etwa 16000 Kilometer. Sämtliche Flugzeuge sind mit den modernsten Einrichtungen versehen. Auch die bodenorganisatorische Sicherung ist einwandfrei durchgeführt, so daß nach menschlichem Ermessen alle Unfallsfälle fast ausgeschlossen sind, aber doch auf ein Mindestmaß herabgedrückt sind.

„Briefe, die ihn nach 7 1/2 Jahren erreichten.“

Es klingt wie ein Sprüchlein, ist aber einwandfrei belegt. Der in Berlin wohnende Adressat eines am 10. März 1921 in Hamburg aufgegebenen Briefes erhielt diesen Brief — eine Entschuldigung der Reichspost — glücklich am 6. Oktober 1928! Frankiert ist der Brief mit der zu jener Zeit erforderlichen 40-Pfennigmarke. Die Deutsche Reichspost möchte den Adressaten vollständig, indem sie nun eine Nachgebühr von 25 Pfennig erhob. — Vermutlich für die außergewöhnlich schnelle Bedienung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

1. Kreis Mitte. Der Appell des Genossen Dr. Kamp beginnt am Donnerstag, 1. November, 19 Uhr, im Sitzungssaal Johannstraße 14-16. Die Mitteilungen werden im Schulsaal entgegengenommen.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonntag, von 17-18 Uhr im Jugendheim Köpenickerstr. 4. Gelegenheit zur Parteinarbeit.

12. Kreis Tempelhof. Heute, Sonnabend, 7. Oktober, 19 Uhr, öffentliche Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine in der Aula der Gemeindefabrik Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 10, Fortführung des Themas „Die Einrichtungen der Arbeitervereine“ — Einreden des Genossen Anna Böhm und Dr. Julius Stappeler. Köpenick und Spandau, erbeten in Halle!

14. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

18. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

19. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

20. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

21. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

22. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

23. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

24. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

25. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

26. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

27. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

28. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

29. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

30. Kreis Köpenick. Die Parteiverammlung der Sozialdemokratischen Partei und der Arbeitervereine am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Fortführung der Parteiarbeit am Donnerstag, 8. Oktober, 19 Uhr.

M. Schulmeister Mollige Winter-Mäntel 39.- 49.- 59.- 69.- 79.- 89.- M. Schulmeister Kottbuser Tor

Eine Filmaufnahme.

Von J. Palous.
(Schluß.)

In einem kleinen Wochenendhaus in der Wart, das ganz allein und abgelegen am Wasser stand, saßen im Wohnraum um Tisch herum vier Personen. Wir erkennen sie als die beiden Herren im Reizdreh, den Filmoperateur und den Bankier Sondermann wieder.

Der sonst so wohlgenährte und gepflegte Sondermann sah recht verfallen aus. Seine Hände waren frei, aber seine Füße waren mit einer starken Kette so zusammengedrückt, daß er nur ganz kleine Schritte machen konnte. Außerdem war er noch angefesselt. Die Einstellung der drei war, zwei lösten sich in der Bewachung Sondermanns ab, und der dritte besorgte im Auto Lebensmittel und sonstige Gänge.

Der Wortführer dieser Gesellschaft war ein großer Mensch, der von der anderen als John angeredet wurde. Seiner Aussprache nach aber wahrscheinlich ein Engländer aus Leipzig. Der sprach jetzt eindringlich zu Sondermann:

„Guter Freund, es nützt Ihnen nichts, die wenigen tausend Mark, die Sie zahlen, sind längst verbraucht, das Leben ist eben teuer. Wenn Sie also wieder etwas zum Essen haben wollen, müssen Sie vorher zahlen.“

„Aber auf diese Weise werde ich zum Bettler, ihr Halunken“, lachte Sondermann, „was kann schon das bisschen Essen kosten, und mir werden für eine Wochezeit gleich fünfzigtausend Mark abgenommen?“

„Ja, entweder Sie zahlen oder Sie hungern, etwas anderes gibt es nicht, ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß die Preise von morgen ab auf das Zehnfache steigen werden,“ höhnte John.

Sondermann wurde von den beiden nach diesem einleitenden Hause gebracht und bereits seit drei Tagen gefangen gehalten. Vor zwei Tagen hatte er um Nahrung ersucht, aber John verlangte erst fünfzigtausend Mark im voraus. Sondermann stellte also einen Scheck auf fünfzigtausend Mark aus, in der Hoffnung, nun freigelassen zu werden, zahlbar an Ueberreicher Gehrhard, und erhielt ein fabelhaftes Diner serviert und eine begrenzte Bewegungsfreiheit. Am nächsten Tage machten die drei seine Anstalten, um Sondermann weiter zu befristigen, und so verlangte Sondermann Essen.

„Erst vorher bezahlen,“ lachte John, „die fünfzigtausend Mark sind verbraucht.“

Da raste Sondermann, daß ihn beinahe der Schlag getroffen hätte, aber es nützte ihm gar nichts. Er hatte jetzt über zweiundvierzig Stunden gehungert und mußte wissen, wie die drei ostentativ vor seinen Augen ein kulinarisches Wohl auftrugen, Mustern auf Eis, Voularden, Artischoden, Roastbeef u. a. Das Wasser ließ Sondermann im Grunde zusammen. Aber er blieb handhoh, schließlich, um nicht verführt zu werden, trotz er in sein Bett und zog die Decke über den Kopf, um nicht einmal das Klappern zu hören.

So kam der vierte Tag, der fünfte! In dieser ganzen Zeit hatte Sondermann nur einmal gegessen und das kostete fünfzigtausend Mark; aber er war jetzt am Ende seiner Kräfte und überlebensfähig. Wenn ich jetzt sterbe, was habe ich dann von all meinem Geld? Nur lauchende Erben! Er setzte also einen heroischen Entschluß, stellte einen Scheck auf fünfzigtausend Mark aus und verlangte Essen.

John zerriff den Scheck vor seinen Augen und lachte. „Sie wissen doch, daß die Preise jetzt gestiegen sind, das Essen kostet jetzt fünfzigtausend Mark!“

Sondermann war wie vom Blitz getroffen. Dann schrie er, brüllte: „Wollen Sie mich durchaus zum Bettler machen? Da bleibe ich doch einen kurzen Prozeß vor!“

John gab keine Antwort. Gegen Abend aber war es mit Sondermanns Kräfte zu Ende. Er stellte einen Scheck auf fünfzigtausend Mark aus, mußte aber erst noch bis zum nächsten Tage warten, zum Einlösen des Schecks war es bereits zu spät.

John bemerkt Sondermanns opathischen Zustand und ließ von ihm einen Brief schreiben, auf Sondermanns Briefbogen, daß er in diesen Tagen größere Zahlungen an Herrn Gehrhard leisten muß, und der Vorsteher seiner Bank, solle daher für ausreichende Barkmittel sorgen. Seine, Sondermanns, Adresse sei jetzt unbestimmt, er befände sich auf dem Lande, um große Grundstücksoperationen zu tätigen.

Als der Brief fertig war, wurde er von John ebenfalls zerrissen. „Guter Freund, ich habe um die Zeit, schreiben Sie den Brief nochmals mit Ihrer richtigen Handschrift.“ Dabei hielt er ihm einige Schriftstücke von seiner, Sondermanns, Handschrift vor die Nase. Sondermann sah keinen Ausweg mehr, war auch schon zu schwach, und er tat alles was John wollte.

Der Brief wurde am nächsten Tage überbracht, das Geld erhoben, und Sondermann ein exquisites Essen serviert. Nach dem Essen, daß merkwürdigerweise sehr stark gewürzt war, verlangte Sondermann zu trinken.

Kaffee ebenfalls wie das Essen,“ sagte John trocken. Sondermann sah jetzt ein, daß ein Wille ihm keine Veränderung bringen würde und beschloß endlich zu erfahren, mit welcher Summe er sich loskaufen könnte. Er zauderte, aber warum sollte er die Qualen immer weiter erdulden, um endlich doch zu unterliegen?

„Hören Sie mal John, so geht es nicht weiter, was verlangen Sie für meine Freilassung?“

„Das kann ich Ihnen genau mitteilen, und Sie hätten diese Frage schon bedeutend früher stellen sollen. Also wir sind drei, und jeder von uns muß zweihundertfünfzigtausend Mark haben, das sind im ganzen siebenhundertfünfzigtausend Mark. Fünfzigtausend haben wir bereits erhalten, bleiben also genau siebenhunderttausend Mark zu zahlen. Die zu allererst gezahlten fünfzigtausend Mark sind als laufende Spesen zu betrachten, die Sie tragen müssen.“

Sondermann war schon bei der Rennung der Summe aufgegrungen, und ging jetzt sichtlich hin und her. Es wäre nicht sein Quin, aber soviel bares Geld herauszugeben würde bedeuten, daß er seine kleine Bank nicht mehr allein halten könnte. Er überlegte, er müßte einen Teilhaber nehmen, aber wen? Wo? Endlich hatte er eine erlösende Idee. Teilhaber konnten die Verwandten seiner Frau werden, er würde sie schon dazu bringen! Nun er eine Lösung gefunden hatte, wurde er ruhiger.

„Also stellen Sie mir mit, sagte er, was Sie mit mir anfangen, wenn ich Ihnen jetzt den Scheck auf diese Summe ausstelle?“ John grinste. „Das ist vernünftig von Ihnen, Sondermann, daß Sie ihre Lage endlich begriffen haben. Also Sie stellen jetzt schon eben

Der Columbus des Stillen Ozeans

Zum 200. Geburtstag von James Cook am 27. Oktober.

In der Geschichte der geographischen Forschung bildet die Entdeckung und Erschließung des fünften Erdteils, die wir dem großen englischen Seefahrer James Cook verdanken, eine der kühnsten und erfolgreichsten Episoden. Die wagemutige, mit echt britischer Zähigkeit durchgeführte Planetararbeit Cooks, die England den Besitz einer Welt sicherte, war eine bahnbrechende Großtat, bahnbrechend im buchstäblichen Sinne des Wortes. Und dieser Ruhmestitel wird auch durch die Tatsache nicht geschmälert, daß Cook nicht der erste Europäer gewesen ist, der seinen Fuß auf australischen Boden setzte. Im 17. Jahrhundert waren ihm auf diesem Wege bereits holländische Seefahrer vorausgegangen, die es aber, ebensowenig wie der Holländer Abel Tasman, der 1642 auf der nach ihm Tasmanien benannten Insel die niederländische Flagge hisste, verstanden hatten, ihren Erfolg auszunutzen. Es blieb bei der symbolischen Besitzergreifung, die erst Cook zu einer tatsächlichen machte.

In Marton, einem Flecken in der englischen Grafschaft York, wurde James Cook am 27. Oktober als Sohn eines armen Landarbeiters geboren. Der Versuch des Vaters, aus dem Sohn einen ehrbaren Kaufmann zu machen, schlug fehl. Der Junge, der von Kindesbeinen an nur von der See und Reiseabenteuern träumte, entließ seinem Beherrscher und ließ sich im nächsten Hafen auf einem Kohlenhändler als Schiffsjunge anheuern, um dann nach harten Lehrjahren in die britische Kriegsmarine einzutreten. Jahrzehnte lang durchfuhr er als Matrose und Steuermann die Meere, mit eisernem Fleiß darauf bedacht, jede dienstfreie Stunde auszunutzen, um sich in Mathematik, Astronomie und im Kartenzichnen auszubilden. Dem unermüdblichen Fleiß und dem zielbewussten Willen blieb der Erfolg nicht verweigert. Auf Grund der umfassenden nautischen Kenntnisse, die er sich angeeignet hatte, zum Leutnant befördert, erhielt er von der Admiralität das Kommando der „Endeavour“, die zur Beobachtung des Durchgangs der Venus vor der Sonnenscheibe für eine Reise nach der Südsee ausgerüstet worden war. An der Spitze einer wissenschaftlichen Expedition trat Cook am 26. August 1768 in Plymouth die Ausreise an. Am 12. April des nächsten Jahres warf die „Endeavour“ vor der Insel Tahiti Anker. Der Verkehr mit den Eingeborenen, deren Freundschaft er gewonnen hatte, verschaffte dem englischen Kapitän und Expeditionsoffizier wichtige Angaben, die er bei der Durchforschung der anderen Inseln des Archipels, denen er den Namen „Gesellschaftsinseln“ beilegte, nutzbringend vermerkte. Nach glücklicher Beendigung der astronomischen Beobachtung des Venusdurchgangs nahm Cook Kurs nach Süden und steuerte in das Unbekannte hinein. Dabei leitete ihn hauptsächlich der Gedanke, die Existenz oder doch zum mindesten die Möglichkeit der Existenz eines großen Kontinents festzustellen, dessen Vorhandensein alle Kartographen des 16. Jahrhunderts angenommen, und den sie „Terra australis incognita“ (das Unbekannte Südländ) genannt hatten, eine Bezeichnung, die (später als Name des fünften Erdteils) übernommen wurde. Aber alles Suchen nach diesem Land war vergeblich. Cook nahm deshalb den Kurs Westwärts und schloß endlich einen langgestreckten, von einer hohen Bergkette flankierten Küstenstrich. Es war Neuseeland, das Abel Tasman wohl erubert, aber nur ganz flüchtig erforscht hatte, und das über ein halbes Jahrhundert hindurch vollständig vergessen worden war. Cook blieb es vorbehalten, durch die Umgehung des Inselcharakter Neuseelands festzustellen. Nach dreiwöchiger Fahrt wurde dann die Ostküste Australiens selbst ge-

funden und weiterhin die Boians-Bay entdeckt, die Bucht der australischen Südostküste, die ihren Namen von der reichen Fülle unbekannter Pflanzen erhielt, die die Botaniker der Expedition hier zu sammeln Gelegenheit hatten. Nach der kartographischen Aufnahme der Neuseeländischen Inseln und der glücklichen Durchsetzung der gefährlichen Torresstraße kehrte Cook 1770 nach der Heimat zurück.

Günstig hatte er mit seinen Entdeckungen die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Seine alle Erwartungen übertreffenden Erfolge bestimmten die britische Admiralität, Cook mit der Führung einer zweiten Expedition nach den australischen Gewässern zu betrauen, an der auch zwei berühmte deutsche Naturforscher, Johann Reinhold Forster und dessen Sohn Georg teilnahmen, der auch die deutsche Ausgabe von Cooks Reisebüchern bearbeitet hat. Diesmal verfügte Cook über zwei größere Schiffe, die „Resolution“, auf der er seine Flagge setzte, und die von Kapitän Furneaux besetzte „Adventure“. Diese zweite Expedition dauerte von 1772 bis 1775. Wädrige, das Vorwärtskommen erschwerende Gegenwinde vermochten den kühnen Seefahrer nicht von der Durchführung seines Unternehmens abzubringen, durch das bewiesen werden sollte, daß der angebliche und fast auf allen Karten der Zeit verzeichnete „Antarktische Kontinent“ in Wirklichkeit gar nicht existiere. Den südlichen Kurs festhaltend, drang Cook, der hierbei zum ersten Male den Erdball von Westen nach Osten umlegte, bis zum 70. Grad südlicher Breite vor, der in einem halben Jahrhundert nicht mehr überschritten wurde, entdeckte eine Anzahl weiterer Inseln, darunter Neufundland und die Neuen Hebriden und kehrte dann nach England zurück. Seine Schiffe hatten in drei Jahren in stürmischen und zum Teil unerforschten Gewässern rund 25 000 Seemeilen zurückgelegt. Aber Cook, der nach der Heimkehr zum Kapitän der Flotte ernannt worden war, machte nicht auf seinen Vorbeeren ausruhen. Seinen Ehrgeiz reizte die kühnste Frage der Zeit, um deren Lösung sich Jahrhunderte vergeblich bemüht hatten, die Auffindung der nordwestlichen Durchfahrt. Der vom Unterhaus für die Lösung dieser Aufgabe ausgelegte Preis von 20 000 Pfund Sterling bot den äußeren Anlaß zum Eintritt der dritten Reise, von der Cook nicht mehr zurückkehren sollte. Mit zwei Schiffen trat er am 12. Juli 1776 von Plymouth die Ausreise an. Er durchquerte den Pazifik, besuchte die Gesellschaftsinseln, entdeckte den nach ihm benannten Cook-Archipel, wandte sich dann nordwärts und landete am 18. Januar 1778 auf der Insel Hawaii, die er nach seinem Gönner Lord Sandwich, dem ersten Lord der Admiralität, benannte. Von dort erreichte er drei Monate später die Küste Amerikas, segelte in die Beringstraße, mußte dort aber vor dem Packeis kapitulieren, ohne das Ziel seiner Wünsche erreicht zu haben. Auf der Rückreise erforchte er eingehend den nördlichen Teil des Stillen Ozeans und nahm die wichtigen Stellen, wo die Landmassen der Alten und der Neuen Welt sich einander nähern, genau auf. Auf der Fahrt nach Süden traf er wieder auf den Sandwichsinseln ein. Um ein von den Eingeborenen geräubertes Boot wiederzuerhalten, wählte er den Häuptling der Eingeborenen als Gefolge mit sich auf sein Schiff nehmen. Dabei kam es zwischen seinen Matrosen und den Eingeborenen zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf Cook mit vier Gefährten am 14. Februar 1779 von den Inselanern mit Keulen erschlagen wurde.

Otto Urmacher.

Scheck aus und können von diesem Augenblick an soviel essen und trinken, wie Sie wollen. Morgen wird der Scheck eingelöst und Sie können eigentlich sofort freigelassen werden, müssen aber doch noch bis in die Nacht hinein warten, wir bringen Sie dann zu einem Berliner Barothahnhof. Sie können aber die Freiheit benutzen, um eine tadellose Toilette zu machen, wir legen Wert darauf.“

Sondermann stellte erst den Scheck aus und stürzte sich dann auf die verschiedenen Weine, denen er demnach zusprach, daß sein geschwächter Körper in kurzer Zeit einfach umfiel. Sondermann schlief sehr lange.

Als der Scheck schon längst eingelöst war und das Geld verteilt, wurde Sondermann geweckt, um Toilette zu machen. Die Ketten wurden gelöst, ein Diner aufgetragen, und Sondermann dann bestens gehalten. Sogar lauter raßiert wurde er. Um 11 Uhr abends machten sie sich mit Sondermann auf den Weg. Sie verbanden Sondermann die Augen und legten ihn nach zweistündiger Fahrt, in der Nähe eines größeren Berliner Barothahnhofes ab.

„Selen Sie zum leichtenmal von Major Striebel und Genossen gegrüßt!“ rief ihm John nach.

Sondermann war starr! Das auch noch! Die vornehmen beiden Spieler in dem Badeort waren diese Verbrecher!

Der Coup war gelungen. Trotz allen Nachforschungen und einer genauen Befragung der fingierten Filmaufnahme, war keine Spur von den Tätern zu entdecken.

Der erste Versuch eines Transozeanaufstages. In einer alten amerikanischen Zeitung aus dem Jahre 1873 findet sich der Bericht über einen allerersten Versuch der Ueberquerung des Atlantik durch die Luft, eine kurze Geschichte, die ganz und gar in Vergessenheit geraten zu sein scheint, obwohl sie gerade heute wieder besonderen Reiz der Aktualität besitzt. Ein magenstücker und phantastischer Mann, Professor John Wise, hatte vor fünfundsünfzig Jahren den Gedanken dieser abenteuerlichen Reise gehabt und den Plan sorgsam ausgearbeitet. Er geriet indessen mit seinen finanziellen Hintermännern in Meinungsverschiedenheiten und verzichtete auf die Teilnahme an der Fahrt. Nichtsdestoweniger wurde der Plan ausgeführt, und ein auf den Namen „Daily Graphic“ getaufter Ballon stieg im Jahre 1873 unter dem tosenden Beifall einer vielköpfigen Menge in den Capitolino Gärten von Brooklyn, der auf Long Island gelegenen Vorstadt von New York City, auf. An Stelle der Gondel hing von der Hülle ein Rettungsboot herab. Der Start ging vorzüglich vonstatten, und mehrere Minuten lang gab das Unternehmen zu den schönsten Hoffnungen Anlaß. Dann aber verlor sich die „Daily Graphic“ in der Nähe von New Canaan in ein Gewölk und stürzte ab. Glücklicherweise gelang es den Luftschiffern, sich vorher in die Baumkrone zu retten und sicher auf der Erde zu landen. Hier legte sich Herr Nord hochgelicht nieder und begann mit seinem seltsamen Bericht: „Wir über den Atlantik nicht überflogen.“

Sprünge der Natur.

Die Mutation.

Die Natur macht keinen Sprung — dieser alte Spruch, der lange für eine Art Naturgesetz gegolten hat, ist von der modernen Wissenschaft widerlegt worden. Die Natur macht Sprünge, und gerade diese Sprünge gehören zu den wichtigsten Ereignissen der Entwicklung. Das bezeugt A. Tautou in einem Aufsatz der „Naturwissenschaften“, in dem er die „Mutation“ in den organischen Naturreihen und beim Menschen behandelt. Es gibt Pflanzen, die ganz plötzlich und unermittelt aufgetreten sind, so z. B. eine Pflanze mit rotgefärbten Blättern, die im Jahre 1190 im Kanton Zürich tiefen Eindruck machte und deren Entstehung man auf das Blut eines dort getöteten Ritters zurückführte. Alle „Blutbuchen“ der Schweiz und Süddeutschlands stammen von diesem Baum ab, während die norddeutschen Blutbuchen einen ebenfalls uralten Stamm bei Sandershausen in Thüringen ihr Dasein verdanken. Ebenso plötzlich ist unter den Orchideen eine Art mit zweifarbiger Lippe aufgetaucht, die als Selbstbefruchter keine Bastardbildung sein konnte. Aus diesen Beobachtungen, die nach Darwin fremd waren, hat man erkannt, daß diesen unermittelten „Sprüngen“ in der Entwicklung die größte Bedeutung zukommt. Keine Vorbereitung zu dem Sprung ist erkennbar, sondern die ersten Vertreter der „Mutation“ zeigen den neuen Typus mit einem Schlag in voller Entfaltung.

Dieses bedeutsame neuschöpferische Prinzip der organischen Welt, das nur auf inneren Ursachen im Bereich der Erbmasse beruhen kann, ist nun auch zur Erklärung der Entstehung der Menschenrassen herangezogen worden. Während man im Sinne der Darwinschen Entwicklungslehre vergeblich nach dem „Lehrenden Glied“ sucht, bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die großen Menschenrassen nur durch große „Sprünge der Natur“ hervorgerichtet sein können. Durch Bastardbildung sind sie nicht zu erklären. „So ist die Mutationstheorie heute die einzige,“ sagt der Verfasser, „die uns eine gewisse Vorstellung von der Entstehung der Menschenrassen geben kann.“ Aber auch gewisse vererbare Merkmale einzelner Familien und sog. „Abnormalitäten“ sind Mutationen, so z. B. die ungewöhnliche Art roter Blutkörperchen, die sich in manchen Familien seit Jahrhunderten vererbt und zur Blutauflösung oder Gelbsucht führt, dann die „atrophische Myotonie“, eine mit Starbildung beginnende und in Muskelchwund ausgehende Affektion, die sich im württembergischen Schwarzwaldkreis findet, ebenso die teilweise Farbenblindheit und die bekannte Bluterkrankheit, die sich in einzelnen Familien forterbt. Mutationen sind auch jene „Mißbildungen“, wie die Wehrfingerigkeit, die von Hammerzede, die hängende Unterlippe der Habsburger, das weiße Haarbüchel der französischen Herzogsfamilie der Rohon und viele andere.

